

**KEINE ZUKUNFT
FÜR UNSERE
VERGANGENHEIT?**

DENKMALSCHUTZ UND STADTZERSTÖRUNG

Heinrich Klotz
Roland Günter
Gottfried Kiesow



1975

WILHELM SCHMITZ VERLAG IN GIESSEN

1975

TEIL B

I. VON DER DENKMALPFLEGE ZUM STÄDTESCHUTZ

Das Denkmalschutzjahr ist einäugig. Das beginnt bereits beim Widerspruch, daß sich der bayrische Kultusminister Maier als Präsident des Deutschen Nationalkomitees feiern läßt, derweil sein Ministerium ungeniert durch unsinnige und brutale Universitätsplanung die historische Münchner Maxvorstadt zerstören läßt. Maier ist nicht der einzige der Offiziellen, der einen solchen Widerspruch symbolisiert. Ausgelassen wurde der Bereich der gebauten Sozialgeschichte - darunter die Arbeitersiedlungen. Ausgelassen wurde ferner der gesamte Bereich der historischen Industrie-Architektur. Wovon ebenfalls kein Sterbenswörtchen verlautete: die Bundesrepublik und Westberlin besitzen eine Fülle hervorragender Bauten der "frühen Moderne" (1900 bis 1914) und der Avantgarde der zwanziger Jahre. Die große Geschichte der Werkbund-Bauten seit 1907 ist ebenso bedroht wie die gesamte Vergangenheit - das zeigten unlängst die Auseinandersetzungen um Berliner Häuser von Muthesius¹ und um das Gut Garkau von Hugo Häring. In Frankfurt soll die Siedlung Hellerhof von Mart Stam unter den Abbruchhammer kommen. Wer spricht von den Dokumenten der Infrastruktur der Industrialisierung: Bahnhöfen, Brücken, Arbeitsämtern, Verwaltungsgebäuden, Schulen u. a. ? Und schließlich, ohne die Bürgerinitiativen in vielen Altstädten hätte es kein Jahr der Denkmalpflege gegeben. Warum berief das Nationalkomitee keine Vertreter von ihnen? So gut wie keiner der vielen Journalisten erwähnte den Protest einer Bonner Bürgerinitiative zur Eröffnung des Denkmalschutzjahres: sie wies auf die Stadtzerstörung durch einen Versicherungskonzern in der denkmalgeschützten Südstadt hin - auf eine Machtprobe zwischen massivem Wirtschaftsinteresse und bestehendem Recht, dessen Veränderung erzwungen werden sollte.² Die Stadt Bonn ordnete die nachmittägliche Besichtigungsrouten für den Bundespräsidenten so an, daß ihm der Schauplatz der Auseinandersetzung vorenthalten wurde.

Diagnostizieren wir Ursachen und Wirkungen der großen Stadtzerstörung. In den sechziger Jahren bemächtigten sich große Dienstleistungsunternehmen wie Banken, Versicherungen und andere Verwaltungen zunehmend der historischen Innenstädte. Bodenerwerb und Bodennutzung versprachen hohe spekulative Wertsteigerungen. Die Standorte erschienen prestigeträchtig.

1) Julius POSENER, Ein Attentat. Es geht um Muthesius' Haus Freudenberg in Berlin-Nikolassee: Bauwelt 64, 1973, Nr. 16, S. 675/66.

2) Bürgerinitiative Heroldbauten Bonn, "Wir verändern ein Stückchen Bonn ...!", Arbeitshefte des Landeskonservator Rheinland. Bonn 1975.

Die Standortwahl war insofern irrational, als die Unternehmen kaum noch von der Verkehrsgunst für die Kunden abhängig waren, sondern ihren Geschäftsverkehr größtenteils über den Schreibtisch abwickelten. Folge: steigende Bodenpreise. Folge: zentral liegender Grundbesitz wird zum Spekulationsobjekt. Er wechselt in die Hände der Kapitalstärksten. Folge: aufgrund der hohen Bodenpreise sehen die Eigentümer in der Wohnnutzung keine entsprechende Rendite, auch nicht in der Vermietung an kleine Geschäfte. Folge: die Wohnbevölkerung wird vertrieben, ebenso die kleinen Geschäftsleute. Stück für Stück werden die Innenstädte umgewandelt; renditeträchtige Bürobauten und Großkaufhäuser entstehen. Folge: das Verkehrsaufkommen wird vervielfacht - die Innenstadt wird nun infolge der Umweltbelastung vollends unbewohnbar. Von diesem Vorgang profitiert zugleich die Bauwirtschaft. Große Wohnungsunternehmen erleben in den sechziger Jahren einen Boom durch die "gelenkte Völkerwanderung" aus den Altstädten in die Suburbia am Stadtrand.

Der Bevölkerung wird die Umwandlung ihres Lebensbereiches als "Fortschritt" angepriesen. Der nordrhein-westfälische CDU-Landtagsabgeordnete Hüsch 1973: "Wer rationalisiert, innoviert, umstrukturiert, maschinisiert, modernisiert, will den Fortschritt. Weil er das Neue herbeiführt, vernichtet er zwangsläufig das Alte."¹ So einfach war das also. Jedwede Veränderung in den Städten galt als "Fortschritt" - analog der Verwendung neuer Maschinen anstelle älterer. Wem der Fortschritt diene, wer ihn steuerte und was die breite Bevölkerung davon hatte - das alles wurde nicht reflektiert. Mächtige Interessenten ließen die Ideologie verbreiten, daß Fortschritt stets allen nutze.

Landes-, Regional- und Stadtplanung entwickelten Rechtfertigungsideologien, die auch die Denkmalpflege weitgehend hinnahm. Erst langsam zeigt sich, was hinter dieser Zielrichtung des Fortschritts real steckte: die Stadtsanierung diente im wesentlichen dazu, Grundstücke mit hohem Lagewert durch Beseitigung der vorhandenen Bauten für eine rentablere d. h. profitablere Bebauung freizumachen. Immer offenkundiger wurde, woher der Begriff Sanierung stammte, - aus der Betriebswirtschaft. Dort heißt Sanierung: einer bankrotten Firma wieder Gewinn verschaffen; in der Stadtwirtschaft wurde daraus: Sanierung soll die Gewinnchancen mächtiger Interessentengruppen fördern.

Inzwischen haben wir vor Augen: die Bauwirtschaft expandierte so stark, daß sie Mühe hat, ihre Überkapazitäten zu verkaufen. Wie bringt sie es fertig, teure Wohnungen mit wenig Lebensqualität dennoch abzusetzen? Die Lobbies großer Wohnungsgesellschaften, voran die "Neue Heimat", setzten durch, daß die Regierung ein Gesetz erließ, das diese Baukonjunktur steuerbar machen d. h. gewährleisten sollte: das sogenannte Städtebauförderungsgesetz (1972). Es erleichterte den bereits seit etwa 1960 unter vielen Vorwänden (meist als "Verkehrssanierung") laufenden Kahlschlag in den

1) NRW-Zeitung 4/1973.

Altstädten. Mit diesem Kahlschlag wurde künstlich Wohnungsnot geschaffen. Den Verdrängten blieb nichts anderes übrig, als die von den Wohnungskonzernen angebotenen Wohnungen zu mieten oder zu kaufen. Mit dem Stichwort "Bodenreform" mißbrauchten Wohnungskonzerne und Parteien die Hoffnungen der Bevölkerung auf eine sinnvolle Veränderung der Eigentumsverhältnisse am Bodenbesitz: statt sozialer Nutzungen ermöglichte das Gesetz, daß Großinvestoren mithilfe von Stadtparlamenten und Stadtverwaltungen rechtlich einfacher und vor allem billig an den Boden der Kleineigentümer herankamen. Die Planungs- und Abrißkosten für diese "Bodenordnung" ließen sie sich regelrecht schenken: aus Steuermitteln der sogenannten Städtebauförderung - als "unrentierliche Kosten" (Planersprache). Das Städtebauförderungsgesetz leistete dem Bodenmonopol weniger Interessenten Vorschub auf Kosten der breiten Bevölkerung.

Die Regierungsbegründung zum Entwurf des Städtebauförderungsgesetzes 1968 weist das Gesetz als Anpassungsplanung aus. Dem "Strukturwandel" sollte "Raum gegeben" werden (Bundesratsdrucksache 530/68, S. 30/31). Unter "Strukturwandel" wurde die weitgehend hemmungslose Anpassung an sozialwidrige Machtverhältnisse verstanden. Schon die CDU/FDP-Bundesregierung sagte 1965, was die SPD/FDP-Bundesregierung 1972 vollendete: die Sanierung solle als "Konjunkturreserve" eingesetzt werden, "wo es bauwirtschaftlich notwendig und zweckmäßig sei" (Bundestagsdrucksache IV/3491, S. 19). Städtebauminister Lauritzen (SPD) im Bundestag 1968: "Aus der Erfahrung wissen wir, daß sich der Wohnungsbau ... als wirksamer Stabilisierungsfaktor erwiesen hat. Nun ist in den nächsten Jahren jedoch mit einem allmählichen Rückgang des Wohnungsneubauvolumens zu rechnen. Es geht unter anderem darum, den dadurch bedingten Auftragsrückgang auf andere Weise aufzufangen ... Sanierungsmaßnahmen sollen und können daher den Rückgang des Wohnungsbaus bisheriger Prägung weitgehend kompensieren ... Der Städtebau ist also ebenso wie der Wohnungsbau ein geeignetes und wirkungsvolles Mittel der Wirtschaftspolitik" (5. BT, 201, S. vom 4. 12. 1968, S. 10832). Der Berliner Senator für Wirtschaft, Karl König, sagte es noch drastischer in einer SPD-Versammlung in Kreuzberg 1972: "Wenn wir die Auslastung der Bauindustrie sichern müssen, werden wir verstärkt in die Sanierung gehen."¹

Konjunkturpolitik hieß also: Garantie von Produktionsziffern, die sich inzwischen gegen soziale Bedürfnisse richteten - um jeden Preis, auch um den Preis der Zerstörung der Städte, des Verlustes vieler Lebensqualitäten, der Zerstörung der Sozialstrukturen und der Verteuerung des Lebensunterhalts. Die Produktivität hatte sich selbständig gemacht - sie diente nicht mehr der Deckung von vorhandenen Bedürfnissen. Sie zerstörte Bereiche, in denen Bedürfnisse noch erfüllt werden konnten. Sie zerstörte volkswirtschaftliche Vermögenswerte und soziale Ressourcen, um Produkte abzusetzen, die ohne die künstlich erzeugte Zerstörung niemand gebraucht und niemand gekauft hätte.

1) Berliner Extra-Dienst 20. 12. 1972.

Walter Benjamin: "Die über die Bedürfnisse hinausgehende Produktion ist Destruktion." Es entstanden "Wegwerfstädte". Gerhard Gathmann wirbt in einem Artikel in der "Welt" für Immobilienfonds: sie garantieren eine Bruttorendite von 15 bis 17 Prozent - interessant seien sie besonders bei Stadtsanierungen "durch die permanente Investitionsaktivität".¹

Ein hemmungsloses Wirtschaftswachstum führt nicht nur zum Ausverkauf der natürlichen Rohstoffe, sondern auch zum hemmungslosen Umgang mit allem Gewachsenen und seinen individuellen und sozialen Qualitäten. Unter dem heuchlerischen Deckmantel der "Heilung" kamen ganze Städte unter die Guillotine und wurde "Unwirtlichkeit" produziert: verödete Innenstädte und öde Trabantenstädte landauf landab. Paulhans Peters, Chefredakteur des "Baumeister", spricht vom "Diktat des Geldes". Im Frankfurter Westend mußten binnen zehn Jahren die Hälfte aller Bewohner ihre Wohnungen verlassen - rund 20 000 Menschen. Hermann Kasack beschreibt den ökonomischen Vorgang im Roman "Die Stadt hinter dem Strom": Da gab es eine Fabrik, die Backsteine herstellt und eine, die diese Backsteine zermahlt, damit aus dem Staub wieder Backsteine hergestellt werden können.

Karl Marx hat diesen Prozeß der Kapitalverwertung, der zunehmend in alle menschlichen Lebensbereiche eingreift, schon vor mehr als einem Jahrhundert, im Jahre 1848, analysiert: "Die Bourgeoisie kann nicht existieren, ohne die Produktionsinstrumente, also die Produktionsverhältnisse, also sämtliche gesellschaftlichen Verhältnisse fortwährend zu revolutionieren. ... Die fortwährende Umwälzung der Produktion, die ununterbrochene Erschütterung aller gesellschaftlichen Zustände, die ewige Unsicherheit und Bewegung zeichnet die Bourgeoisiepoche vor allen anderen aus" (Kommunistisches Manifest). Wer revolutioniert nun eigentlich wen?

Auf Prospekten und Plakaten werben die Stadtverwaltungen für ihre Städte - mit Farbfotos ihrer historischen Altstädte. Zu gleicher Zeit helfen sie mit, sie abzureißen. Josef Lehmbruck, Autor der Ausstellung Profitopolis, 1973: "Was der Krieg nicht geschafft hat, das schafft die Sanierung."² Beispiele: Durch den Krieg verliert die Lübecker Altstadt 11 % an historischer Bausubstanz, durch sogenannte Sachzwänge 22 %. In Unna wurden 80 % der Bevölkerung des Sanierungsgebietes vertrieben. In Duisburg-Neumühl verloren 14 000 Arbeiter ihre Wohnungen - eine komplette Kleinstadt. In München mußten in drei Jahren (1969-1972) 73 000 Menschen den inneren Stadtbereich zwischen Schwabing, Giesing, Haidhausen und Westend verlassen. In der Bonner Innenstadt mußten von 1961 bis 1970 12 700 Menschen ausziehen.

So sterben lebendige Städte. Der Ablauf ist in der Regel immer der gleiche: Eine parlamentarisch unkontrollierte Landesplanung und großmannssüchtige Bürgermeister dekretieren im Verein mit interessierten Kaufhaus- und Dienstleistungskonzernen, die Stadt müsse Entwicklungsschwerpunkt wer-

1) Welt 29. 3. 1974.

2) Siehe auch: Werk und Zeit 22, 1973, Nr. 8/9
(Themenheft über Stadtzerstörung).

den. Das Kaufhaus läßt eine Fußgängerzone anlegen: damit kann es bazar-artig seine Verkaufsoperette in den Freiraum erweitern.

Die Häuser an der Hauptgeschäftsstraße werden mit Hilfe der Denkmalpflege "aufgepeppt" - das dient der Operette und dem Stadtimago. Wer die restliche Stadt anschließend zerstört, hat ein Alibi und kann sich als Kulturschützer feiern lassen. Die Denkmäler erhöhen als Fotoattrappen den Imagewert. Hinter der Hauptstraße wird alles weggerissen - die kompletten Viertel der "kleinen Leute", die historischen Handwerker- und Arbeiterbereiche. An ihrer Stelle entstehen Parkplatzwüsten von der Ausdehnung vieler Fußballfelder, Hochgaragen werden zwar geplant, aber wegen der hohen Kosten nicht gebaut - Parkplätze sind am billigsten, wenn sie auf den Grundstücken von Lohnabhängigen entstehen. Um die Fußgängerzone und die Parkplatzwüste wird ein sogenannter City-Ring geschlagen: eine autobahnähnliche Rundstrecke. Die Zufahrten zu diesem City-Ring werden ebenfalls autobahnartig ausgestattet und schlagen dadurch breite Schneisen in weitere Stadtgebiete, die dadurch weitere Anlässe zu Sanierungen bieten. Die Stadt wird autogerecht. Sie ersäuft in Blech, Lärm und Abgaben. Für den Bau weiterer Kaufhäuser werden ganze Straßengevierte niedergelegt. Draußen vor der Stadt werden für die vertriebenen Stadtbewohner gemeinwidrige Problemlösungen angelegt: "Wohnparks" (Jargon der Werbeprospekte) - große, öde Betonblöcke, teuer, kontaktfeindlich, ohne benutzbare Freiräume und schlecht versorgt mit Infrastruktur. Eine Karikatur? Nein - die Beschreibung des Stadtzerstörungsprozesses in mehreren hundert deutschen Städten.

Die Altstadt wird bis auf einige Baudenkmäler demoliert. "Das Faust-Haus lassen wir natürlich stehen." Den opponierenden Bürgerinitiativen entgegen die Stadtzerstörer: "Die historischen Städte dürfen nicht zu Museen werden." Die markige Killerphrase erzielt häufig genug den erstrebten Verbüßungseffekt, der die Diskussion töten hilft. Selbst der Präsident des Nationalkomitees für das Denkmaljahr, Kultusminister Hans Maier, sagt: "Es geht nicht an, daß über unsere Altstädte und Dorfkerne, deren Lebendigkeit noch vor wenigen Jahren so selbstverständlich war, daß niemand darüber ein Wort verlor, die Käseglocke des Musealen gestülpt wird, daß sie wie Ausstellungsstücke in einer Vitrine zur Schau gestellt werden" (Rede zur Eröffnung des Denkmaljahres 1975 in Bonn). Ich kenne keine Stadt, die wirklich ein Museum geworden ist. Aber wir kennen alle die Städte, die von mächtigen Interessenten "attraktiv", "lebendig", "urban", "vital" und was dergleichen Sprüche sind, gemacht wurden. Wie sieht das Ergebnis aus? Die kommerziell "attraktive", "lebendige" Stadt ist schließlich eine tote Stadt. In der Frankfurter Innenstadt wohnen heute weniger Menschen als in einem Dorf. Urbanität? Verdichtung? Attraktivität? - sie werden nicht an Menschen gemessen, sondern an Rendite, Autos, Büros, Umsatz usw. Paulhans Peters ironisch zum Neubau des Horten-Kaufhauses in Regensburg: "Das ist ein Stück "Entmusealisierung" unserer Altstädte! Wir wollen den Kaufhäusern dankbar sein, daß sie den stillen Mief früherer Zeit, jene schlafmützige Ruhe, endlich in sprudelndes, frohes Leben verwandelt haben.

Die Stadt als Markt, die Altstadt als Großmarkt, die City ein einziges Kaufhaus. "1

In der Innenstadt von Wien sank die Einwohnerzahl von 80 000 (1930) auf 25 000 (1974). Wie lebendig ist ein Stadtbereich wie die Londoner City, die schon seit rund 100 Jahren nur noch von Hausmeistern bewohnt wird?

Wer hat die toten Städte produziert? - Etwa die Denkmalpflege? Oder die Bürgerinitiative?

Das Städtebauministerium des Bundes bezuschußt 1974 mehr als 300 sogenannte Sanierungen. Die Steuerzahler werden also gezwungen, die Zerstörung ihrer eigenen Städte hoch zu bezuschussen. In großem Umfang werden zerstört: Moers (Planung: Stadtplanungsamt), Hameln (GEWOS; Neue Heimat), Höxter (Prof. Deilmann; Landesentwicklungsgesellschaft), Detmold (Prof. Spengelin; Landesentwicklungsgesellschaft), Herford (Stadtverwaltung), Osnabrück (GEWOS; Neue Heimat), Wetter/Ruhr (Wibera), Erbach (Gonsior; Prof. Gunkel), Lemgo (Prof. Deilmann), Rheda (Prof. Deilmann), Unna (Stadtverwaltung), Duisburg-Neumühl (Bremer Treuhand u. a.), Duisburg-Hochfeld (GEWOS), Werl, Lippstadt, Verden/Aller, Soest, Minden und viele andere. In Lemgo wurde die gesamte Altstadt als Sanierungsgebiet ausgewiesen, ebenso in Rheda, wo bereits mehr als die Hälfte zerstört ist. "Kammerjägermentalität" (Jens Michael Priester) läßt ganze Straßenzüge abreißen, bloß weil Fassaden vergraut sind. In der bergischen Kleinstadt Langenberg wurden 385 Grundstücke zum Sanierungsgebiet erklärt. Die Innenstadt von Unna ist nach der Sanierung nicht wiederzuerkennen.

An der Stadtzerstörung beteiligen sich auch in großem Umfang staatliche und städtische Verwaltungen. Die Stadt Bonn räumte für ihr neues Stadthaus eine umfangreiche Fläche. Der Sparkassen- und Giroverband zerstörte für ein neues Gebäude in Bonn eine ganze Seite der sehr schönen Simrockstraße in der Südstadt. Die Universität München riß weite Bereiche der Münchner Maxvorstadt ab. Die Stadt Bonn kaufte Häuser in der Südstadt auf, die eventuell wegen der Tieflage der Bundesbahn, die jedoch wenig konkretisierbar erscheint, abgerissen werden könnten und ließ sie herunterkommen. Der sehr schöne Stadtkern von Nürtingen bietet ein Beispiel dafür, wie sich großparzellige Dienstleistungsbauten fleckenweise einnisten.

Der hessische Minister Karry sagte: "Ich bin auf dem Mississippi, dem Hudson und dem Nil gefahren; auf dem Donau-Delta, der Themse, der Seine und selbstverständlich auch auf dem Rhein. Ich schätze und liebe Uferlandschaften. Das Eltviller Rheinufer ist das Schönste, das ich je in meinem Leben gesehen habe."2 Wenig später genehmigte derselbe Minister Karry zwischen dem Rhein und der historischen Stadt Eltville den Bau einer Autobahn - sie zerstört die Stadt.

1) Baumeister 3/1974, S. 249.

2) FAZ 8. 10. 1974.

In vielen Städten führt das weiter oben beschriebene Übermaß an Investitionsdruck zur Stadtzerstörung. In anderen Städten herrscht ein Investitionsvakuum: diese Städte haben sehr wenig Investitionsmöglichkeiten - gleichwohl wird häufig auch hier brutal zerstört. Die Zerstörung äußert sich darin, daß zuerst abgerissen wird und die Neubaupläne dann Luftschlösser bleiben - so z. B. in Fürth, wo ein Drittel der Altstadt abgerissen wurde, aber seit Jahren Bauträger für Neubauten fehlen und auch nicht in Sicht sind. Für die vom Kahlschlag bedrohte bergische Kleinstadt Langenberg ist nachweisbar, daß keinerlei reale Investitionskraft für Neubauten vorhanden ist. Hier dominiert die Illusion eines ehrgeizigen Stadtdirektors und einiger Gefolgsleute, die das objektiv Unmögliche doch für möglich halten - irreales Wunschdenken von ökonomischen Mochtegern auf der Basis der Unkenntnis realer Ökonomie. Der Frankfurter Spekulant Ignaz Bubis veranlaßte brutalste Straßenschlachten zwischen Polizei und Hausbesetzern, um die von ihm aufgekauften Bauten im Frankfurter Westend räumen zu lassen. Nachdem die Fläche glatt war, erklärte er 1975, er habe kein Geld für sein geplantes Hochhausprojekt.

Verändert sich die Konjunktur, dann bricht auch die Spekulation zusammen. Welcher Stadtpolitiker lernt aus solchen Vorfällen, die Lage seiner eigenen Stadt wenigstens mittelfristig zu analysieren? Am Fehlen des mittelfristigen Analysevermögens erweist sich, wie folgenreich es ist, Geschichtlichkeit aus dem Denken herauszukatapultieren. Geschichtlichkeit als langfristige Überlegung in die Vergangenheit und in die Zukunft hinaus ist eine Dimension, ohne die heute schon nichts mehr wirklich funktioniert. Es ist abzusehen, daß es kein Überleben geben wird ohne diese Dimension. Die Stadt ist ein wichtiger Teilbereich der insgesamt bedrohten Umwelt.

Politiker und Planer weisen in vielen Städten umfangreiche Sanierungsbereiche aus. Sie spielen Gedankenspiele mit Stadtbereichen - eine Überlegung, was sie real denn wirklich verändern können. Sie schätzen die privaten Investitionskräfte falsch ein - sowohl die der vielen Lohnabhängigen wie auch die der wenigen mächtigen Interessenten. Sie glänzen mit großen Plänen. Die produzierten Illusionen haben jedoch reale Folgen. Sie trüben den Teich: die Stadtbevölkerung wird unsicher gemacht; die Auswirkungen sind nach kurzer Zeit schon sichtbar: die Hausbesitzer unterhalten ihre Häuser nicht mehr, weil sie den Abbruch fürchten; viele Mieter ziehen aus; Grundstücksspekulanten stürzen sich wie die Geier über den Boden; sie erwarten höhere Rendite durch Nutzungsveränderungen, noch lange vor der "Absegnung" im Stadtparlament erfüllen "wilde Architekturphantasien" bereits ihren Zweck: sie leiten den Stadtzerstörungsprozeß ein und machen ihn zum angeblichen Sachzwang. Der Stadtbaurat, hinter dem sich die Interessenten verstecken, weist schließlich mit dem Finger auf das Viertel und sagt: "Wir müssen etwas tun." Er hat längst etwas getan.

Weder Wissenschaft noch praktische Denkmalpflege gaben die Anstöße zur Gegenwehr, sondern Bürgerinitiativen. Die Anstöße zu einer Ausweitung der Denkmalpflege im Sinne des Stadtbereichsschutzes kamen von einer Fülle von Bürgerinitiativen - etwa im Münchner Lehel, im Frankfurter West-

end, in der Bonner Südstadt, in Langenberg, Höxter, Detmold, Rheda, Werl, Salzkotten, Verden, Hamburg, Hannover, Bamberg sowie von Arbeiterinitiativen im Ruhrgebiet in Siedlungen wie Eisenheim (Oberhausen), Lohberg (Dinslaken), Neumühl (Duisburg), Obercastrop und Ickern (Castrop-Rauxel), Flöz Dickebank (Gelsenkirchen), Asseln (Dortmund) u. a. Die Betroffenen waren die besseren Experten.

Eine neue Dimension der Stadtplanung und des Denkmalschutzes beginnt mit der Einwirkung der Bevölkerung auf die Entscheidungsgremien. Früheste Erfolge: 1971 wurde eine von der Aktionsgemeinschaft Westend erarbeitete Liste denkmalschutzwürdiger Bauten zum Teil in das Ortsstatut der Stadt Frankfurt übernommen. Zur gleichen Zeit erreichte eine Bonner Bürgerinitiative, daß der Landeskonservator die gesamte spätklassizistische Bonner Südstadt unter Denkmalschutz stellte. Eine Veränderungssperre verhinderte Abrisse; Bebauungspläne mit Gestaltungssatzungen sollen den bestehenden Zustand der Südstadt festschreiben. In der Arbeitersiedlung Eisenheim trägt nahezu die gesamte Bevölkerung den Kampf um die Erhaltung der Siedlung. Zur Diskussion über die Voruntersuchungen nach dem Städtebauförderungsgesetz kam alles, was laufen konnte. Die Siedlung darf als gerettet gelten. Eisenheim wurde der Auslöser für eine große Zahl von Arbeiterinitiativen, die alle um die Erhaltung ihrer Siedlungen kämpfen. Ein großer Teil der Regensburger Bevölkerung nimmt regen Anteil an der Erhaltung ihrer Stadt. Mehrere Vereinigungen bildeten sich. In Hessen entstanden eine Anzahl Bürgerinitiativen für Denkmalschutz. Für die Erhaltung der Sayner Hütte (1824) bei Koblenz bildete sich eine Arbeitsgemeinschaft Sayner Hütte e. V.

Fast alle Bürgerinitiativen sprechen nicht mehr von Einzeldenkmälern, sondern von Stadtbereichen. Sie erweitern die Kriterien der klassischen Denkmalpflege: Die Einzeldenkmalpflege genügt nicht mehr.

Bereits die Haager Konvention vom 14. Mai 1954 für den Schutz von Kulturgut bei bewaffneten Konflikten spricht von "Gruppen von Bauten, die als Ganzes von historischem und künstlerischem Interesse sind". Ein Ensemble ist eine geschlossene Gruppe von denkmalwerten Bauten. Die internationale Charta von Venedig fordert 1964: "Die Denkmalschutzgebiete müssen Gegenstand besonderer Sorgfalt sein, um ihre Integrität zu schützen und ihre Sanierung, ihren Ausbau und ihre Erschließung zu sichern." Seit 1971 dokumentiert die Abteilung Denkmalpflege-Vorbereitung (Inventarisierung) im Landesdenkmalamt Rheinland Ensembles: mit Häuserlisten, farbig angelegten Grundkarten im Maßstab 1:5000 und Karteikarten mit Kleinbildaufnahmen. Die Ergebnisse wurden in "Arbeitsheften" publiziert und den Stadtplanungsämtern übergeben.¹

Europa Nostra fordert 1971 "Schutzzone" in Städten. In England gibt es

1) Carl-Wilhelm CLASEN, Wilfried HANSMANN, Volker OSTENECK, Ensembles 1. Arbeitshefte 4 des Landeskonservators Rheinland. Bonn 1972.

1975 über 2000 Schutzzonen. Jeden Monat kommen neue hinzu.

Die Bürgerinitiativen forderten jedoch noch mehr als lediglich den Schutz von Ensembles. Sie forderten den Schutz ganzer Stadtviertel. Kahlschlag und Bevölkerungsvertreibung hatten sie dafür sensibel gemacht, daß ein Haus mehr ist als ein Dach über dem Kopf eines Einzelindividuum: die Komplexität des Lebens, das sich kollektiv und historisch in einem Stadtviertel in Stein konkret materialisiert hat, ist weit mehr als eine Straße mit einer Anzahl von Prachtfassaden. Kollektive Erfahrungen sind bedroht; kollektive Bedürfnisentfaltung ist in Frage gestellt; folgerichtig wehren sich nun nicht nur einzelne, sondern Gruppen: sie bilden Initiativen und fordern Stadtbereichsschutz.

In Polen und in Frankreich ist die Erhaltung kollektiver Komplexität teilweise schon lange selbstverständlich. Die Polen bauten nach 1945 die zu 90 Prozent zerstörte Stadt Warschau größtenteils wieder auf - sie wurde zu Recht zum Leitsymbol für die Erhaltung des kulturellen Erbes. Zugrunde liegt eine Theorie vom "kulturellen Erbe", die Lenin ausformulierte. Die vollständig rekonstruierte Warschauer Altstadt wird in Ost-West-Richtung von einem 600 m langen Tunnel unterfahren. In Frankreich stellt das Gesetz Malraux vom 4. August 1962 rund 400 komplette Städte und Ortschaften unter Stadtbereichsschutz. 1965 wurde das 126 ha große Pariser Maraisviertel zum "geschützten Bereich" erklärt. Es ist der größte geschlossene Baukomplex in Frankreich. Ziele: unkontrollierter Abriß und Umbau sollen verhindert werden. Wer alte Gebäude durch neue profitablere ersetzen will, erhält keine Genehmigung.¹ Bürgerinitiativenprotest bewirkt 1975, daß das Stadtparlament die Planung eines Kunstgroßhändlers ablehnt, die über 500 Menschen vertrieben hätte. In Dänemark wurde die gesamte Stadt Svaneke auf der Insel Bornholm 1970 vollständig unter Schutz gestellt². In der Schweiz werden schon früh folgende Grundsätze aufgestellt: Wahrung des Charakters der Altstadt und Einhaltung des städtebaulichen Maßstabes und seiner Gliederung.³ So ist zum Beispiel die Altstadt von Bern vollständig geschützt.

Den in sozialer Hinsicht sowie in denkmalschützender Hinsicht methodisch am besten durchdachten und geplanten Stadtbereichsschutz unternimmt die

1) Stadt als geschichtlicher Prozeß. Stadterneuerung als Stadtplanung am Beispiel des Pariser Stadtviertels Marais. Ausstellung SOREMA Paris/IDZ-Berlin 1970. Katalog. Pariser Marais-Viertel: Bauwelt 44/1970, S. 1689/90.

2) Günther KÜHNE, Eine ganze Stadt inventarisiert und unter Schutz gestellt. Svaneke auf Bornholm: Bauwelt 44/1970, S. 1692/95.

3) Werk 9/1963, S. 350.

sozialistisch-kommunistisch regierte Stadt Bologna¹. Sie zeigt, wie man den Spielraum bestehender Gesetze zugunsten der Interessen der Mieter und Kleineigentümer nutzt: Die gesamte Innenstadt wird erhalten. Die Restaurierungen finden mitten im Universitätsviertel statt. Es wird also nicht weiter zugunsten der Universität abgerissen. Der Teufelskreis linearen Renditedenkens (hier: Einsparung kurzfristiger Infrastrukturkosten zu Lasten der Bevölkerung) ist durchbrochen. Alle Bewohner, in der Regel Arbeiter, können in ihren Häusern bleiben. In Bologna werden als erstes nicht die historischen Häuser der Mittelschichten restauriert, sondern historische Arbeiterhäuser. Die Lebensweise der Arbeiter darf sich erhalten - ihre Normen werden politisch akzeptiert. Das äußert sich konkret im Respekt vor ihren schichtenspezifischen Lebensweisen: die Wohnungsgrundrisse werden genauso erhalten wie sie seit Jahrhunderten als Gehäuse für die proletarischen Lebensformen dienten - mit einigen Nachteilen, aber mit weit mehr Vorteilen gegenüber kleinbürgerlichen Neubaugrundrissen. Lediglich der sanitäre und bauliche Standard wird verbessert bzw. wo nötig Ausweitungsmöglichkeit durch zusätzliche Räume gegeben. Das ist ganz neu: bislang wurden den Arbeitern durch Sanierung und Neubau stets die schichtenspezifischen bürgerlichen Normen in kleiner Münze aufgezwungen. Die früheste umfangreichste Stadterhaltung in Deutschland setzten 1972 Bonner Bürgerinitiativen durch: die Erhaltung der spätklassizistischen Südstadt.²

Der Regensburger Architekt Christoph Schwan schreibt 1972 eine Denkschrift "Regensburg - zur Erhaltung einer alten Stadt"; "Die Stadt Regensburg ist ein Gesamtkunstwerk und als solches Zugriff entzogen. Die Bedeutung Regensburgs im Hinblick auf seinen Kunstcharakter ist überregional und eine Aufgabe der gesamten Bundesrepublik. In weiter tragendem Sinne kann sogar gesagt werden, daß Regensburg eine Aufgabe europäischen Ausmaßes ist."³ In England wird 1972 ein Gesetz über "Konservierungsgebiete" erlassen: solche Gebiete werden mit öffentlichen Geldern bezuschußt. Prominente und Wirte machten im September 1972 ein Sit-in auf den Straßen

-
- 1) Astrid DEBOLD-KRITTER, Das Konzept zur Erhaltung des centro storico von Bologna: Deutsche Kunst und Denkmalpflege 1/1972, Nr. 1. PEEP Centro Storico. Bologna 1973.
P. L. CERVELLATI / R. SCANNAVINI, Interventi nei centri storici. Bologna. Politica e metodologia del restauro. Bologna 1973.
Winfried ROTH, Ansätze zu einer demokratischen Alternative: Städtebau in Bologna. In: Joachim Petsch (Herausgeber), Architektur und Städtebau im 20. Jahrhundert. 2. Band. Westberlin 1975, S. 123/31.
 - 2) Eberhard GRUNSKI / Volker OSTENECK, Die Bonner Südstadt. Arbeitsheft 6 des Landeskonservators Rheinland. Bonn 1973.
 - 3) Christoph SCHWAN, Regensburg - zur Erhaltung einer alten Stadt. Regensburg 1972, S. 14.

von Grinzing, dem historischen Weinort vor den Toren von Wien. Sie hatten Erfolg: ein vierjähriges generelles Bauverbot wurde erlassen; Bebauungspläne sollen den Ort sichern.¹

Den Aufruf "Rettet die Grazer Innenstadt" unterschrieben binnen weniger Monate 1972/1973 107 000 Menschen. Seine Forderungen: Keine Hauszerstörungen, Fußgängerzonen, Parken am Rand des Stadtkerns, Verbesserungen des öffentlichen Verkehrs. 1973 stellte die CSSR-Regierung den gesamten historischen Stadtkern Prags unter Denkmalschutz: Altstadt, Hradschin, und den Vysehrad. Jede bauliche Veränderung, auch Renovierung bedarf der Genehmigung der zuständigen Behörden.²

In der DDR werden ganze Altstadtbereiche erhalten, z. B. in Quedlinburg, Stralsund, Görlitz, Freiberg, Erfurt, Peter Goralczyk: "Es hat sich in den Altstädten ein reiches sozialistisches Leben entwickelt. Die bauliche Hülle aus vergangenen Zeiten war dafür kein Hindernis. Das Bewußtsein der geschichtlichen Kontinuität schafft für die Bewohner Geborgenheit und Weite des Horizontes. ... Die ... restaurierten Bauten werden von den Bürgern als ihre Leistung in Besitz genommen."³ Revoluionär ist der Gedanke, daß nicht der Besitzer eines Denkmals die Verfügungsgewalt darüber hat, sondern die Gesellschaft. Er wird im 19. Jahrhundert für die bedeutendsten Denkmäler realisiert. Im Kapitalismus fehlt jedoch noch die gesellschaftliche Verfügungsgewalt über das gesamte kulturelle Erbe.

Wieviel Einfluß bereits das wissenschaftliche Registrieren und Veröffentlichenden des historisch wichtigen Häuserbestandes haben kann, zeigte sich in Köln. Nach der Inventarisierung "der Neustadt", die seit 1881 die Altstadt im Halbrund vom Rhein zum Rhein umschließt, wurden bis 1975 nur drei Häuser abgerissen - und dies in einer Stadt mit starkem Investitionsdruck und einem keineswegs erhaltungsfreundlichen Baudezernat.⁴

Der römische Kaiser Augustus rühmte sich, aus der Lehmstadt Rom eine Marmorstadt gemacht zu haben. Fürsten traten seit jeher als Stadtgründer und Stadtplaner auf. Sie repräsentierten ihre Herrschaft, indem sie der Umwelt ihren Stempel, ihre Vorstellungen und ihre Prestigesignale aufdrückten. Solche absolutistisch-obrigkeitliche Auffassung von der Stadt richtet sich - wie schon beim römischen Kaiser Augustus - in der Regel gegen die gewachsene Stadt. Augustus berichtet nicht, mit welcher Gewalttätigkeit er das Leben der Bevölkerung verändert hat. Neben dieser absolutistisch-obrigkeitlichen Tradition der Stadtplanung gibt es eine ausdrücklich demokratische. Im Mittelalter plante die gesamte Stadtbevölkerung der toskanischen Städte im Rahmen der Popularenverfassung die ganze Stadt als

1) Baumeister 69, 1972, Nr. 10, S. 1085.

2) Baumeister 70/1973, Nr. 6, S. 713.

3) Bildende Kunst 2/1975, S. 64.

4) Hiltrud KIER, Die Kölner Neustadt. Arbeitshefte 8 des Landeskonservator Rheinland. Bonn 1973.

"schöne Stadt".¹ Die Bevölkerung hatte nichts übrig für Großbauten einer abstrakten Staatsräson, die vorhandene Stadtbereiche zerstörten: daher entrechtete sie den Adel, der durch burgartige Bauten die Stadt zu paralisieren drohte. Nachdem die Luccheser Bürger einen kurzzeitig regierenden Tyrannen gestürzt hatten, trugen sie seine Festungsanlage vollständig ab, die er in aller Eile gebaut und mit der er ein Stadtquartier zerstört hatte.

Als Bramante in Vigevano für die Schloßerweiterung des Mailänder Herzogs Ludwig den Mohren eine Häuserzeile am Markt zerstören ließ, hing ihm die erbitterte Bevölkerung den Beinamen an: "il ruinante" - zu deutsch: Bramante, der Stadtzerstörer.² 1974 gebrauchten Bonner Bürgerinitiativen dieselbe Bezeichnung gegen den Versicherungskonzern, der an der barocken Allee zwischen den beiden kurfürstlichen Schlössern ein ganzes Straßenkarree abreißen will. Der Konzern klagte bei Gericht auf Verleumdung - und wurde abgewiesen. Architekt des Versicherungskonzerns war Arno Breker, ein bekannter Nazi-Bildhauer. Ein Betroffener: "Die großen Architekten sind schon immer im Gefolge der absoluten Fürsten und Faschisten gewesen." Bramante diente unter dem frühabsolutistischen Mailänder Herzog. Wie groß sind die großen Taten noch, wenn man ihre Gewalttätigkeit beschreibt? Wie sieht die Geschichte unserer Städte aus, wenn sie nicht mehr lediglich als Geschichte der Handelnden, sondern auch als Geschichte der Leidenden - des Volkes - beschrieben wird? Wie sieht sie aus, wenn ihre Beschreibungskriterien aus den Qualitäten des Lebens der Leute genommen werden? Wer behauptet, sie hätten keine Qualitäten, fahre in die mittelalterlichen toskanischen Städte: bessere Stadtplanung gab es weder vorher noch nachher; diese Städte sind Produkte der Volkskunst im wahrsten Sinne des Wortes. Aber auch nördlich der Alpen gibt es viele Beispiele von Stadtbereichen, in denen sich die Qualitäten des Lebens der Bevölkerung entwickeln konnten - jede mittelalterliche Stadt ist im wesentlichen eine Schöpfung von Generationen sogenannter kleiner Leute; sie besteht nur zum Teil aus Patrizierhäusern, zum größeren Teil jedoch aus den Straßen, Gassen und Winkeln der Handwerker, d. h. der mittelalterlichen Arbeiter. Die Qualitäten des Volkes zeigen sich auch in den Arbeitersiedlungen des Ruhrgebietes und anderer Industriebereiche.

Denkmalpflege muß daher notwendigerweise zum Stadtbereichsschutz werden. In weiten Bereichen unserer Städte sind noch günstige Siedlungs- und Wohnstrukturen vorhanden - vor allem in Klein- und Mittelstädten. Sie müssen geschützt werden. Es genügt nicht, in Bamberg ein Gebiet von 250 ha als Schutzgebiet auszuweisen; oder in Regensburg 112 ha. Sozialer Schutz darf kein Einzelfall bleiben, sondern muß überall durchgesetzt werden.

1) Wolfgang BRAUNFELS, Mittelalterliche Stadtbaukunst in der Toscana. Berlin 1953.

Roland GÜNTER, Zur Didaktik der Baugeschichte. Der Platz als Kriterium des Städtischen. Bonn 1968.

2) Das Zitat geht durch die gesamten kunsttheoretischen Schriften seit dem 16. Jahrhundert. Architekturgeschichte im Sinne von Bernd Engelmanns Geschichtsbuch "Wir Untertanen" muß erst noch geschrieben werden.

Gewachsene Sozialstrukturen sind stets an konkrete bauliche Erscheinungsformen gebunden und müssen daher geschützt werden. Der schnelle Verschleiß des Gewachsenen in unseren Städten wird weithin nicht von den "Habenichtsen" d. h. von 80 Prozent der Bevölkerung betrieben, sondern von den wenigen, die an der Vermehrung ihres Geldes auf Kosten vieler Menschen interessiert sind. Verschleiß und Auswechselln der Stadtsubstanz bedeutet für die davon Betroffenen meist keine Verbesserung ihrer individuellen und sozialen Lebensqualitäten, sondern eine Verschlechterung d. h. Verminderung der Vielfalt der Umgebung und ihren sozialen Nutzungsmöglichkeiten. Dies ist real ein Verarmungsprozeß. Die häufige Folge: die Neurotisierung der Betroffenen. Sie ist meist irreparabel d. h. unheilbar.

Zu den Aufgaben des Stadtbereichsschutzes gehört nicht nur die Erhaltung von Städten, sondern auch aktiver Einsatz zur Wiederermöglichung oder Verbesserung ihrer individuellen und sozialen Nutzung. Im dialektischen Prozeß liegt Fortschritt auch darin, daß an wichtige alte Erfahrungen, die humanen Bedürfnissen entsprechen, wieder angeknüpft und diese weiter entwickelt werden können.

Früher konnten Kinder und alte Leute die Straßen ungefährdet als Lebensräume benutzen. Die Bevölkerung in den Quartieren der Handwerker saß abends vor den Häusern - dort standen Bänke, oft auch Tische. Aufgrund vielfältiger Lebensvorgänge hatten die Straßen eine reiche Ausstattung. Heute beginnt vor denselben Haustüren meist das Chaos: die Lebensgefahr durch den Autoverkehr. Die nachbarlichen Beziehungen von einem Haus zum anderen werden zerschnitten durch Verkehrsfluten. Die vorhandenen Bedingungen verhindern weithin, daß der öffentliche Raum tatsächlich als öffentlicher Raum genutzt werden kann. Eine Untersuchung auf einer verkehrsfreien Insel bei Venedig¹ kann zeigen, welcher Umfang an individueller und kollektiver Erfahrung, d. h. an Öffentlichkeit, auch heute noch möglich wäre, wenn zumindestens jede zweite Straße von Wohnquartieren für den Autoverkehr gesperrt würde. Weitere Untersuchungen nördlich der Alpen² weisen nach, daß die Öffentlichkeit des öffentlichen Raumes tatsächlich keine Besonderheit ist, die sich auf mediterrane Länder beschränkt. Warum gibt es Fußgängerzonen³ bislang fast nur in Geschäftszentren - warum nicht in den Wohngebieten, wo sie viel notwendiger sind? Die Zerstörung des Lebensraumes Straße durch den Autoverkehr ist Zerstörung sozialer Beziehungen - sie muß rückgängig gemacht werden, wo immer dies möglich ist. Der Verkehrsexperte Rudolf Menke kritisiert an den Generalverkehrsplä-

- 1) C., K., P. DELLEMANN, M., R. GÜNTER, W. NOTHDURFT, D., K. SCHLEGTENDAL, A., M. SPORLEDER, Burano. Eine Stadtbeobachtungsmethode zur Beurteilung der Lebensqualität. Bonn 1972.
- 2) Projektgruppe Eisenheim Fachhochschule Bielefeld, Eisenheim 1844-1972. 2. Auflage. Westberlin 1973, S. 82/83.
- 3) Rolf MONHEIM, Fußgängerbereiche in deutschen Städten: Informationen Institut für Raumordnung 23, 1973, Nr. 2, S. 27/41.
Rolf MONHEIM, Fußgänger-Bereiche: Werk und Zeit 23, 1975, Nr. 8/9 (Werk und Zeit-Forum).

nen unserer Städte, daß ihnen keine sozialen Einsichten zugrunde liegen, sondern schlichthin die absolute Priorität eines allgegenwärtig gemachten Autoverkehrs. Rudolf Menke: Als erstes wird für das Auto geplant, als letztes für den Fußgänger und Radfahrer - wenn überhaupt. Die Fußgänger erhalten die Restnutzungen. Unter sozialen Prioritäten verlief eine Generalverkehrsplanung genau umgekehrt: erst müßte für Fußgänger geplant werden, am Schluß erst der Rest für das Auto. Vor dem Auto muß der öffentliche Nahverkehr rangieren.¹

Stadbereichsschutz muß die Qualitäten des Gewachsenen wieder zur Geltung kommen lassen. Er muß ihnen die Bedingungen verschaffen, unter denen sie sich wieder entfalten können. Stadbereichsschutz muß die Wechselbeziehungen (Interaktionen) wieder ermöglichen, für die die Bauten Kulissen, Requisiten und Anreizpunkte bieten. Voraussetzung dazu sind Fußgängerbereiche. Baudezernent Hans Adrian: "Wer München kennt, weiß, welchen Wandel die Umwandlung der Neuhauser und Kaufinger Straße gebracht hat. Dort wo München noch vor kurzem von deprimierender Häßlichkeit und Widerlichkeit war, kann man sich heute als Mensch bewegen. Für mich ist es faszinierend, wie schnell die Menschen in die Stadt zurückgekehrt sind."² Auch in den Arbeitersiedlungen des Ruhrgebietes, die sehr verkehrsarm sind (obwohl die Leute alle ein Auto haben), kann man sehen, welchen Grad von Öffentlichkeit und Kommunikation die Straßen und Wohnwege haben, wenn die Leute sich ungefährdet bewegen können.

Wenn die Stadtbereiche wieder räumlich-konkrete Voraussetzungen für die Öffentlichkeitsbildung geben, dann helfen sie mit, die spezifische Öffentlichkeit zu entwickeln, die den Anspruch auf eine demokratische Struktur auch realisiert - es ist eine Öffentlichkeit, die auf höherer Stufe liegt als die Öffentlichkeitsformen, die wir aus der Vergangenheit kennen. Insofern ist Stadbereichsschutz nicht nur Erhaltung bzw. Wiederherstellung von Gelungenem der Vergangenheit, sondern auch Weiterentwicklung. Die durch Arbeitsteilung und demokratische Ansprüche immer komplexer verflochtene Bevölkerung kann ihre spezifische Öffentlichkeit in weiterentwickelter Qualität nicht abstrakt, nicht im luftleeren Raum über den Häuptionen und auch nicht allein mit Hilfsmedien herstellen, sondern sie bedarf dazu unter anderem sehr konkreter, sinnlich erfahrbarer räumlicher Szenarien. Der Vorwurf, solche sinnlich-konkrete Erfahrung sei eine Bagatelle oder lediglich privatistischer Freizeitgenuß, prallt ab von den Erfahrungen, die Walter Benjamin in Arbeitervorstädten und Forscher in Arbeitersiedlungen des Ruhrgebietes machten: sie zeigen, daß Politisches sehr wohl vom sinnlich-konkreten Ort stimuliert wird.

Atmosphäre ist der Sammelbegriff für eine Vielzahl von Erfahrungen und Postulaten, die sich an Wänden und in Außenräumen manifestieren. Sie haben Aufforderungscharakter, sie reizen unentwegt, sie regen die Phantasie an - nicht nur eine individuelle, sondern auch eine sozial-politische.

- 1) Rudolf MENKE, Stadtverkehrsplanung. Ein Konzept für eine neue Generation städtischer Generalverkehrspläne. Stuttgart 1975.
- 2) Werk und Zeit 22, 1974, Nr. 3.

Sie bringen einzelne zusammen, weil der konkrete räumliche Ort Gemeinsamkeit in vielfältiger Weise signalisiert. Die Leute arbeiten dann gemeinsam mit diesen Erfahrungen und Postulaten und entwickeln sie weiter.

Dies führt schließlich auch zur Veränderung einzelner Teile des Ortes innerhalb seiner Gegebenheiten, zur qualitativen Weiterentwicklung des Bestehenden, ohne es zu zerstören - zum Beispiel, wenn die Kneipe zum politischen Forum entwickelt wird. Beispiele dafür sind für das Bürgertum des Mittelalters die Rats- und Zunfthäuser, für die bürgerliche Revolution die Cafes (z. B. das Cafe Pedrocchi in Padua) und für die Sozialisten Italiens die Volkshäuser. Auch die Arbeitersiedlung Eisenheim erhielt ihr "Volkshaus": die Leute bauten ein Waschhaus um. So entwickelte sich Politisches aus latenter Ebene in eine explizite Ebene.

Aktiver Stadtbereichsschutz müßte auch die Hauseigentümer dazu zwingen, ihr Haus nicht nur als Gebäude für ihre Familie oder Mieter anzusehen, sondern als prägendes Element des öffentlichen Raumes - nicht nur im Hinblick auf die visuell wahrnehmbare Fassade, sondern auch im Hinblick auf seine Funktionen. Ein Beispiel: Die Baugesetze Bolognas zwangen die Leute zu allen (!) Zeiten, Arkadengänge vor ihren Privathäusern anzulegen, die der Öffentlichkeit dienten. Ihre Wirkung erlebt jeder, der als Besucher nach Bologna kommt. Man kann nicht dagegen argumentieren "Wir leben doch nicht in Bologna." Im Gegenteil: Wir haben die Arkadengänge viel nötiger als Bologna.

Der Umfang der Aufgaben für die Stadterhaltung ist gewachsen. In Lübeck sind 1974 auf der 100 Hektar großen Fläche der historischen Innenstadt 636 Privathäuser als Sanierungsobjekte angegeben - davon 551 als denkmalgeschützt. Bamberg (80 000 Einwohner) hat 1500 denkmalgeschützte Häuser - davon sind rund 1000 älter als 200 Jahre. In Bamberg müssen insgesamt 25 Prozent der Stadtfläche (250 Hektar) vor dem Verfall gerettet werden. In der englischen Modellstadt für das Denkmaljahr Bath stehen inzwischen von den 8000 Gebäuden aus dem 18. Jahrhundert 3000 Häuser unter Schutz. Das völlig intakt gehaltene Dubrovnik an der jugoslawischen Adriaküste ist das beste Beispiel für eine völlig erhaltene Stadt. Übrigens ist aus ihr der Autoverkehr strikt verbannt.

Alle sozialen Überlegungen sprechen dafür, den Stadtbereichsschutz nicht auf einige Modellstädte zu begrenzen, sondern als Strukturelement in den planerischen Umgang mit Städten und Orten aufzunehmen - nach dem Motto: "Alles Gewachsene steht zunächst nicht zur Disposition. Wer verändert, muß dafür die Beweislast tragen" - so formulierte es die Forschungsgruppe Altstadtsanierung des Zentrums für interdisziplinäre Forschung der Universität Bielefeld 1974.¹

1) Universität Bielefeld, Zentrum für interdisziplinäre Forschung, Arbeitsgemeinschaft Altstadtsanierung, Altstadtsanierung. Städtezerstörung durch Stadtplanung und -sanierung? (Umfeld und Chancen einer Novelle). Bielefeld 1974.

Welche Werte haben die Altstädte für ihre Bewohner? Ökonomisch gesehen sind die alten Häuser oft die einzigen Wohnungen, die sich ihre Bewohner leisten können. Hier wohnen sie schuldenfrei. Sie zahlen keine Miete, sondern nur die laufende Instandhaltung. Werden sie nicht vom Abriß bedroht, dann stellen sie die Instandhaltung auch laufend sicher. Lockt die Stadtverwaltung sie nicht mit Spekulationsgewinn, dann gerät wohl kaum einer in Versuchung, sein Haus zu verkaufen. Kleine Geschäfte und Betriebe können mit günstigen Mieten in Altstadtquartieren sehr wohl dauerhaft existieren, das haben betriebswirtschaftliche Untersuchungen ergeben. In den sogenannten City-Centren müssen sie jedoch Mieten zwischen 30 und 50 DM pro qm zahlen - was für sie unmöglich ist. Folge: sie müssen ihr Geschäft aufgeben. Folge: Standortgünstige Verteilung von Gütern fällt aus. Hinzu kommen die Nebenfolgen wie Verlust von Kontakten u. a. Die kleinen Hauseigentümer erhalten bei Abbruch ihrer Wohnung nicht einmal den Gegenwert einer halben Eigentumswohnung. Die Mieter erhalten lediglich das Umzugsgeld - der "Sozialplan" der Städtebauförderung erweist sich als Augenauswischerei. In den teuren Neubauten verdoppelt und verdreifacht sich die Miete. Hinzu kommt meist noch, daß der Weg zum Arbeitsplatz nun so weit und umständlich wird, vor allem bei Schichtarbeit, daß die Arbeiter gezwungen sind, sich das teure Transportmittel Auto anzuschaffen. Allein der Zwang, ein Auto zu halten, verschafft ihm einen indirekten Lohnabzug - rund 250 DM im Monat, d. h. ein Viertel oder ein Fünftel eines Arbeitergehaltes. Mit der Vertreibung aus preisgünstigen Altbauwohnungen werden also gleichzeitig den Arbeitern meist auch noch enorme Transportkosten zugeschoben. Der Lebensunterhalt verteuert sich durch die sogenannte Sanierung also außerordentlich. Welche Folgen hat das? Die Arbeiter werden gezwungen, Überschichten zu machen. Die gesundheits- und lebenszeitverkürzenden Folgen sind ablesbar. Sie selbst bzw. die Lohnsteuerzahler müssen für das Ansteigen der Krankheitshäufigkeit und frühe Invalidität bezahlen. Die Wohnungsbaugesellschaften zahlen keinen Pfennig für diese sozialen Folgeschäden und -kosten. Für sie endet die Sanierung knapp hinter der Wohnungstür. Auch Planer und Politiker denken in der Regel nicht weiter. Sie verhindern meist sogar, daß im Rahmen der vorbereiteten Untersuchungen oder Sozialpläne Untersuchungen über die sozialen Folgekosten gemacht werden. Sie nehmen schlichthin nicht zur Kenntnis, daß bei teuren Neubaumieten Ehefrauen mit kleinen Kindern zur Unzeit arbeiten müssen und die Kinder als Schlüsselkinder mit steigender Wahrscheinlichkeit dauerhaft verhaltensgeschädigt werden können. Sie lassen in der Regel keine differenzierten Untersuchungen zu, die an einem Katalog von individuellen und sozialen Lebensqualitäten vergleichend die Vor- und Nachteile von Altbauten und den als einziger Alternative angebotenen Hochhäusern sichtbar machen. Es interessiert sie auch nicht, was geschieht, wenn die Arbeiter in der Rezession keine Überstunden mehr machen können und die Frauen entlassen werden - wer dann die künstlich hochgetriebenen Lebenshaltungskosten bezahlt.

Die Städte werden dem "freien Spiel der Kräfte" überlassen - hinter der spielerisch ästhetisch anmutenden Formulierung verbirgt sich ein Ab-

grund an Gewalttätigkeit: die ökonomisch Stärkeren greifen sich den Boden, auf dem die ökonomisch Schwächeren wohnen.

Söldnertrupps von gutachtenden Soziologen (nur Anfänger fragen noch: "Wie hätten Sie es denn gern?") liefern die pseudowissenschaftlichen Vorwände: die "Unterschichten" seien rückständig. Inhaltsarme Oberbegriffe, unbefragte Normen der gehobenen Mittelschichten, flinke Analogien, Verallgemeinerungen von Einzelfällen, Gleichsetzung von ökonomischer Schwäche mit sozialer Schwäche, von Oberschichtenverhalten mit Emanzipation, von Rang mit Qualifikation und vieles mehr werden als wissenschaftliche Arbeit ausgegeben. Ein Beispiel dafür ist das verhängnisvolle Buch, in dem die Soziologin Katrin Zapf die Gleichsetzung zwischen Kapitalverwertung und Fortschritt ideologisch verbrämte. Ein Zitat mag für eine Fülle weiterer stehen: "Wo gleichzeitig viele alte Menschen, viele alleinstehende Personen, insbesondere viele alleinstehende Frauen, leben, der Großteil der Erwerbspersonen Arbeiter ist und hohe Bevölkerungsverluste zu verbuchen sind (durch Todesfälle oder durch Wegzüge), dort kann auf sehr niedrige Einkommen und auf Lebensweisen in der Nähe des Existenzminimums geschlossen werden. Es erhebt sich ein Milieu, das durch Alter, Armut und Unbildung charakterisiert wird."¹ Die Sätze mögen glatt erscheinen - aber keiner der Begriffe befragt nach dem Warum? nach der Verursachung? nach der Wertung im eigenen System statt in den Wertungskategorien anderer Schichten, nach Vorteilen, die die Leute sich auf ihre Weise verschaffen, und nach anderen Lebenszielen. Es wird nicht gefragt, ob der reale Grund für die Umzüge in Wirklichkeit Verdrängung aus dem Viertel ist. Der Momentaufnahme der Fluktuation wird ein Interpretationsraster unterschoben, das die tatsächlichen Kausalabläufe nicht erklärt, sondern ihnen im Gegenteil - völlig unwissenschaftlich - einfach andere Ziele unterschiebt. Pauschal wird für die behauptete Rückschrittlichkeit schließlich die Vergangenheit verantwortlich gemacht. Katrin Zapf: "In sehr bedenklichen, überalterten, unzulänglich ausgestatteten Vierteln leben mindestens 4, 6 Millionen Menschen; sie leiden unter den "poids du passé", wie es Henri Coing formulierte."² Das Gewicht der Vergangenheit lastet auf den Menschen, sagt die Soziologin. So einfach ist das. Alt ist schlecht, neu ist gut. Die Fülle der Bürgerinitiativen hat den Respekt vor dieser Art von Pseudo-Objektivierung der Absatzziele in der Überproduktion der Bauwirtschaft inzwischen durchschaut, Katrin Zapf: "... gehe ich davon aus, daß alle Wohngebäude, die nicht aus dem 20. Jahrhundert stammen, ihren Bewohnern unzeitgemäße Belastungen aufbürden und darum erneuerungsbedürftig sind."³ Es fehlt jegliche Differenzierung, wie sich Entwicklungen innerhalb bestehender Vorteile vollziehen können.

1) Katrin ZAPF, Rückständige Viertel. Frankfurt 1969, S. 137.

2) ZAPF, S. 102/03.

3) ZAPF, S. 94.

Kritisch zur These der "Rückständigkeit" auch: Heide BERNDT, Zu Katrin Zapf. Rückständige Viertel. Eine soziologische Analyse der städtebaulichen Sanierungen in der Bundesrepublik = Jahrbuch für die Geschichte der oberdeutschen Reichsstädte 17, 1971.

Die "Sanierungen" zerstören die gesamten Lebensverhältnisse der "Unterschichten": die Fülle ihrer kleinen Vorteile, die Nachbarschaften, die Freundschaften, ihre halbwegs funktionierende Ökonomie, ihre Atmosphäre, ihre visuell und taktile erlebbare Geschichte. Die Bewohner der historischen Handwerker- und Arbeiterviertel in unseren Altstädten werden zum Fraße einer fehlgeleiteten Wohnungsbaukonjunktur, die zu ihrem Entsetzen von diesem ihrem Staat und oft genug auch noch von ihren eigenen Delegierten freischwebend-selbstherrlich auch noch garantiert wird - so sagte es der Wohnungsbauminister selbst im obersten politischen Gremium. Damit das Ausmaß des Zynismus nicht sichtbar wird, versuchen Interessenten und Politiker es mit dem Mantel der Sozialpolitik zu überdecken. Sie sagen: "Es gibt doch Sozialpläne; die Leute bekommen eine schönere Wohnung; die Arbeitsplätze müssen erhalten werden - am Wohnungsbau hängt die gesamte Wirtschaft." Die Betroffenen erfahren jedoch: die Sozialpläne sind nicht einmal Caritaspläne; die neue Wohnung hat vielleicht ein schöneres gekacheltes Bad, das sich jedoch für einige tausend Mark auch in Altbauten einbauen läßt, ohne daß man das Haus abreißen müßte; die Wohnung hat eine Fülle von Lebensqualitäten verloren und kostet das Mehrfache - ein schlechter Tausch; schließlich: Arbeitsplätze in überproduzierenden Wirtschaftszweigen sind ständig außerordentlich gefährdet, sind außerordentlich krisenanfällig - vor allem: wieviele notwendige Dinge haben wir noch nicht oder zuwenig? Warum wird nicht dort produziert, wo Produkte notwendig sind und den gesellschaftlichen Reichtum wirklich vermehren? Die Entfaltung der Produktivkräfte wird unter den gegebenen Lenkungszielen absurd: je mehr sich Produktivität entfaltet, desto mehr zerstört sie produziertes. Produktivkräfte, die der Entfaltung der Humanität dienen sollten, kehrten sich gegen ihre eigene Entwicklung. Organisieren wir die Alternative?

Die kapitalistische Wirtschaft gerät dadurch aber auch in Konflikt zu ihren eigenen Ideologien - zu konservativen Anschauungen, die sie vor Veränderungen bewahren sollten. Dies ist der Grund für die aufgebrochenen tiefgreifenden Konflikte zwischen Wirtschaftsinteressen und konservativem Bürgertum in umstrittenen Altstädten. Die Koalitionen zwischen Konservativen und antikapitalistischen Gruppen haben ihr Fundament im gemeinsamen Interesse an der Priorität menschlicher Bedürfnisse.

Die reale Problemlage zeigt: die Denkmalpflege muß neue Dimensionen entwickeln. Kahlschlag von Altstädten heißt vor allem soziale Verelendung in allen Bedürfnissen und Erfahrungsbereichen. Die Stadtbevölkerung wird in einem Ausmaß aus ihren gewachsenen Bereichen vertrieben, wie wir es sonst nur von Kriegen kennen. Mit der Vertreibung der Bevölkerung wird in der Regel auch die konkrete baulich-atmosphärische Prägung des Ortes radikal verändert. Die Parzellenstrukturen werden durch die sogenannte Bodenordnung zerschlagen: kleine Parzellen werden zusammengelegt. Was steckt hinter dem harmlos, je positiv klingenden Wort Bodenordnung? Welches Chaos soll beendet werden? Welche Unordnung soll aufhören? Ist es wirklich unordentlich, wenn kleine Leute auf kleinen Parzellen ihre Wohn-

häuser haben, die groß genug für ihre Wohnungen sind - aber ungeeignet für Warenhäuser und Büros? Man sieht: die Ordnung ist die Ordnung der ökonomisch Mächtigen und nicht die Ordnung der Wohnbevölkerung. Man sehe sich die Begriffswelt des Städtebauförderungsgesetzes und der nachfolgenden Praxis daraufhin durch, welche Bezugspunkte die Begriffe haben und man erkennt die Interessenten, die das Gesetz durchgesetzt haben.

Der Ausverkauf unserer Altstädte ist Ausverkauf von wichtigsten sozialen Ressourcen, d. h. von Hilfsmitteln unseres sozialen Lebens. Nicht nur Bodenschätze sind Ressourcen, sondern auch die sozialen Qualitäten unserer gewachsenen Lebensbereiche. Nachbarn, die man kennt, sind Hilfen, - nicht nur im Notfall. Die Bewohner stabilisieren sich untereinander durch Zuspruch, Anerkennung und Vermittlung von sozialem Wissen sowie Fertigkeiten, die das Leben erleichtern. Soziale Gefüge ermöglichen menschliche Entwicklungen. Sie schaffen Erlebnismöglichkeiten. Eine Vielfalt von Charakteren wird erlebt. Die Leute setzen sich damit auseinander - sie lernen daraus, sie trainieren sich, sie sammeln Lebensweisheit. Das flüchtige Vorbeirauschen in der Einkaufszone oder das Fernsehen in der isolierten Hochhauswohnung kann das reale Erlebnisfeld nicht einmal minimal ersetzen - wir haben inzwischen genügend Kenntnis von der Neurotisierung und ihren zerstörenden Folgen, die eintritt, wenn Menschen isoliert werden.

Nun werden einige fragen: Was hat der Schutz von Bauten mit dem Schutz von sozialen Gefügen zu tun? Ist das eine die Aufgabe von Denkmalpflegern und das andere die Aufgabe von Soziologen? Erste Antwort: es gibt keine Institution, die sich mit dem Schutz von sozialen Gefügen aktiv beschäftigt. Sozialwissenschaftler untersuchen sie gelegentlich - meist mehr schlecht als recht. Aber sie tun so gut wie nichts zu ihrem Schutz. Zweite Antwort: wir wissen inzwischen, daß sich spezifische soziale Gefüge in bestimmten sozio-ökonomischen Verhältnissen und räumlichen Situationen entwickeln.

Vor allem: Das soziale Leben hat selbst sinnlich-konkreten Ausdruck. Es macht sich visuell und taktil erfahrbar durch Liegengelassenes, Grenzen, Signale, Zeichen, Spuren, Reste, Andeutungen, Aufforderungen, Bestätigung, Geborgenheit, Verknüpfung, Herausforderung, Differenzierung und was alles in der Architektur als Umwelt merkbar wird.

Eine umfangreiche laufende Forschung kann am Vergleich zwischen Arbeitersiedlungen und Hochhäusern im Ruhrgebiet nachweisen, daß dieselben Arbeiter ihr soziales Gefüge in unterschiedlichen räumlichen Situationen auch unterschiedlich entwickeln. Wer also soziale Gefüge hoch bewertet, muß auch ihre Bedingungen und räumlichen Konkretionen schützen - das heißt: die baulich-räumlichen Situationen. Der Schutz von Sozialgefügen umfaßt daher auch den Bautenschutz. Bautenschutz ist ein integrierter Bestandteil des Schutzes von Sozialgefügen.

Eine Vielzahl "sanierter" Städte beweist inzwischen: Flächensanierung ist die Guillotine für gewachsene Lebensbereiche und Sozialgefüge. Aber auch die Objektsanierung kann Zerstörung des Sozialgefüges bedeuten: wenn ihre

Kosten so hoch sind, daß alle finanziell Schwächeren ausziehen müssen. Die Auswechslung der Bevölkerung kann auch geschehen im Rahmen der Fassadenerhaltung historischer Straßen! Beispiele dafür sind Pöseldorf in Hamburg, das Bremer Schnoorviertel, das Kölner Martinsviertel, das Zentrum von Maastricht, das Pariser Maraisviertel und andere. Denkmalpflege à la "Schnöseldorf" (Volksmund) heißt: arme Leute fliegen raus, reiche Leute eignen sich historisches Flair zur Statusrepräsentation an. Von den 900 Einwohnern des Stockstraat-Viertels in Maastricht wird nach der Sanierung niemand mehr im Viertel wohnen. Wie dies verhindert werden kann, darüber ist später noch zu sprechen. Es kann verhindert werden.

Die Denkmalpflege muß sich als Stadtbereichsschutz einreihen in den Feldzug gegen den programmierten Mord unserer Umwelt. Sie ist ein Teilbereich des Umweltschutzes.

Was bedeuten konkrete Orte? Ein Beispiel ganz außerhalb des Denkmalschutzes: Eine große Düsseldorfer Bierbrauerei schreibt an ihr Fabrikgebäude neben der Bahnlinie "Hier wird Schlösser Alt gebraut". Warum schreibt sie nicht einfach "Schlösser Alt"? Sie benutzt den Wunsch der Vorbeifahrenden, Begriffe mit konkreten Orten zu verbinden. Das Denken ist darauf angelegt, das Geschehen mit dem Ort der Handlung zu verbinden - am besten wird dies sichtbar in der Sprache der Arbeiter und der Literaten.

Historische Erfahrungen können nur bedingt abstrakt weitervermittelt werden. Daher müssen konkrete Bauten und räumliche Situationen erhalten werden, in denen sich historische Erfahrungen soweit wie möglich greifbar sinnlich mitteilen. Die aus den Altstädten verdrängte Bevölkerung verliert eine Fülle anschaulicher, konkreter Manifestationen von Erinnerungen und Ereignissen. Dies trifft nicht nur alte Leute, sondern nachweislich auch Kinder - ja jeden einzelnen. Die Bevölkerung verliert Szenerien, die die baulichen Versteinerungen von Erfahrungen aus Jahrhunderten darstellen: Treppen, Stufen, Winkel, Gassen, Plätze, Balkone, Pflaster, Höfe, Bäume. Warum lebt einer der "erfolgreichsten" Hochhausarchitekten, Prof. Helmut Hentrich, nicht im Hochhaus - warum lebt er in einem historischen Wohnhaus der Jahrhundertwende am Düsseldorfer Rheinufer?

Was wissen Gutachter, Planer und Politiker über die Lebensqualitäten der konkreten Orte? Vorab unterstellten Gutachter, daß es sich in vielen Altstädten und Arbeitersiedlungen, nicht länger leben ließe. Bürgerinitiativen wiesen nach, daß das Gegenteil der Fall war - trotz mancher Mängel. Mängel können oft kompensiert werden durch andere Vorteile; sie lassen sich oft mit wenig Aufwand und Mitteln beseitigen, wenn Eigentums- und andere Verfügungsverhältnisse es zulassen; viele Mängel sind von Planern bewußt oder unwissend überhaupt erst zugelassen worden - daher können sie später nicht als Argument gegen die Opfer verwandt werden, wie dies zynisch oder heuchlerisch oder auch naiv unentwegt geschieht. Wie wenig Konkretes die bestellten Gutachten über Lebensqualitäten bzw. Wohnwerte wissen, darauf weist bereits die Tatsache hin, daß es keinerlei Auswertung der Wohn- erfahrung von Siedlungen etwa der zwanziger Jahre (Onkel Toms Hütte in

Berlin, Neubühl u. a.) und der in den sechziger Jahren gebauten Hochhäuser gibt. Ist es wissenschaftlich, wenn Gutachter nur momentane Eindrücke verarbeiten und auf Erfahrungen historischer Dimension verzichten? Oder wenn sie ihre schichtenspezifischen Erfahrungen und Wünsche zu objektiven Normen dogmatisieren und von dieser Ebene aus andersartige Erfahrungen als Rückständigkeit diffamieren?

Die Szenerie der konkreten historischen Orte hat psychologische Wirkungen: sie kann euphorisch stimmen, das Selbstbewußtsein heben, Anlaß zu Reflexionen bieten, Zeitvorstellungen verlangsamen, vor allem Zeitvorstellungen strecken, d. h. die Dimension der Anschauung und Verarbeitung erweitern. Angesichts sinnlich greifbarer Vergangenheit erhält die Erfahrung der Gegenwart eine andere Ebene: Gegenwart wird überhaupt erst als Gegenwart erfahrbar; sie wird reflektierter erfahren; sie verbindet sich mit angehäuften Möglichkeiten. Gegensätze, Verbindungen und Ausgriffsmöglichkeiten erweitern die Erfahrung prinzipiell in eine neue Kategorie: in die Spirale dialektischer Entwicklung.

Wenn Geschichte so erlebt wird, erledigt sich die Behauptung, sie verstelle die Zukunft.

Zum Antriebsmotor des dialektischen Entwicklungsprozesses wird Geschichte immer, wenn sie wirklich erlebt wird und nicht - bildungsbürgerlich - in das Gefängnis einer angeblich abgeschlossenen Zeit und damit in die Kategorie der Einmaligkeit gesteckt wird.

Die historisch-soziologische Situation der "Gebildeten" und der Zwang, Status aufzubauen führte zur Deformation ihrer Erfahrung, d. h. ihrer Reflexion. Aus der Tatsache, daß Erfahrung bei ihnen ausdrücklich als Reflexion erscheint (was nicht falsch ist), leiteten "Gebildete" das Recht zur Überheblichkeit ab. Um ihre "Überlegenheit" zu begründen, mußten sie den Gegenständen ihres Interesses eine veränderte Bedeutung umhängen: abseits der realen Bedeutungen konnten es nur Scheinbedeutungen sein - Auratisierungen. An die Stelle des Durchschauens, d. h. der Theorie, tritt der Aufbau von Fiktionen. Theorie durchschaut jedoch, daß es sich bei ideologischer Fiktion nur um einen scheinhaften Reichtum des Objekts handelt. Theorie läßt die Inhaltsleere des aufgeblasenen Ballons sichtbar werden, wenn sie die realen Dimensionen des Objekts vorführt.

Wir müssen lernen, Realität so zu reflektieren, daß ihre eigenen Dimensionen erscheinen. Wozu Aufblähungen? Ist es nicht weitaus mehr, die Vielfalt des realen Lebens kennen zu lernen - des Alltäglichen. Ein Bergmann sagt über seine historische Arbeitersiedlung Bergmannsplatz in Duisburg-Neumühl: "Das ist für mich so menschlich, das sind für mich keine besonderen Erlebnisse, ich würde sagen, das ist alltäglich, wissen sie, hier ist meine Heimat. Ich möchte mit niemandem tauschen. Also, ein besonderes Erlebnis brauch ich gar nicht, um mich hier wohlzufühlen oder gefestigt zu sein."

Diese klaren Aussagen machen sichtbar, daß das Problem des Stadtbereichs-

schutzes im Verstehen der Dimensionen des Alltagsbereichs liegt und nicht in einer Fiktion wie dem Begriff "StadtDenkmal"¹, also nicht im Transponieren des Alltäglichen ins Besondere. Eindrücklich bezeichnet der Bergmann, daß Alltägliches Menschlichkeit bedeutet. Er deutet ferner die tiefenpsychologische Ebene an: Stabilisierung des Subjektes und seiner Beziehungen zur sachlichen und personalen Umwelt.²

Die Stadtsanierung, die die Unterschichten-Bereiche bislang hemmungslos zerstörte, ist ein Generalangriff auf die menschliche Geschichte. Die Stadtsanierung hat in der tabula rasa ihrer Zerstörungswut lediglich einige historische Konserven übrig gelassen, im Unterschichtenbereich zerstört sie mehr als selbst Vandalen wohl je vermochten.

Woraus besteht das Alltäglich, das geschützt werden muß? Die Analyse der Architektur muß als Beobachtung eines sozialen Sachverhalts verstanden werden. Denn Architektur ist Entwicklungsraum für Verhalten von Menschen. Die räumlichen Strukturen sind sozial interpretiert. Jedoch: die speziellen Fragestellungen, was bestimmte Leute brauchen, fehlen weitgehend. Wir müssen von Generalisierungen wegkommen und ganz spezifische Untersuchungen entwickeln. Wir müssen zuerst argumentative Prozesse vorantreiben und nicht Gesamtbeweisverfahren.

Walter Benjamin unterscheidet zwischen visueller und taktile Benutzung der Architektur. Das Anschauen ist nur ein Teil der Benutzung. Wir müssen ganz klein anfangen, Verhalten zu beobachten.

Beispiele:

Ein junger Mann bleibt am Graben des Prato della Valle in Padua stehen und guckt, was im Wasser los ist. Es ist eine Qualität der Architektur, so viel Neugier zu erzeugen, daß Menschen anfangen zu beobachten und zu untersuchen. Die Architektur muß den Sachverhalt gar nicht selbst vollständig darstellen, oft genügt es, daß sie den Einstieg zum Untersuchen gibt.

1) Uwe K. PASCHKE, Die Idee des StadtDenkmals. Nürnberg 1972.

2) Mit den Qualitäten des Alltagslebens beschäftigen sich: Franziska BOLLEREY / Kristiana HARTMANN / Margret TRÄNKLE, Denkmalpflege und Umweltgestaltung. Orientierung und Planung im Stadtbereich. Stadtgestaltung zwischen Denkmalpflege und Schrebergarten. München 1975. Sie präsentieren bei streckenweise vorzüglichen Ansätzen jedoch nur eine weitere Variante bürgerlicher Abwertung der "Unterschichten"-Kultur: nicht an allen Stellen der Untersuchung, aber an entscheidenden setzen sie Vergleichsnormen aus dem Bereich der gehobenen Mittelschichten bzw. Oberschichten ein. Es hat mit Wissenschaft schlichthin nichts mehr zu tun, wenn ein Fontane-Zitat über einen Park in Vergleich gesetzt wird zu Gestaltungen von Schrebergärten und daraus die Schlußfolgerung abgeleitet wird, Schrebergärten-Gestaltungen seien lediglich abgesunkenes Kulturgut. Die zu kurz angesetzte Analyse und dadurch kurzschlüssige Schlußfolgerung ist das Ergebnis unzulänglicher Identifikation mit der untersuchten Gruppe (S. 40). Die Unterlassung schichtenimmanenter Untersuchungen ist charakteristisch für einen großen Teil der "Unterschichten"-Forschung.

Die steinerne Einfassung des Grabens am Prato della Valle ist so gestaltet, daß sie eine Bank mit einem Podest für die Füße bildet - sie ist also eine Art Terrasse über dem Wasser: man kann den ganzen Graben entlang sitzen.

Die Szenerien von Altstädten haben sozialpsychologische Wirkungen: sie fördern Wechselbeziehungen (Interaktionen), indem sie Anlässe zu Kontakten geben. Das beginnt für den Fremden damit, daß er fragen muß, um sich zurechtzufinden. Harmlose Anlässe für Kommunikation: Kinder dürfen die Tauben füttern, gehen aufeinander zu, spielen zusammen. Eine Anzahl Leute gucken zu, wie sich zwei Hunde balgen. Die Voraussetzung dafür ist, daß die Hunde Auslauf haben. Jens Michael Priester spricht vom "Bergewert der Labyrinthik" im kleinteiligen und verschlungen wirkenden Straßen- und Gassennetz historischer Altstädte. Dasselbe gilt übrigens auch für interessante Wohnungsgrundrisse. Leute lassen sich an bestimmten Stellen nieder zwischen Bäumen, in Nischen, an Brunnen. Offensichtlich werden Orte lieber und dann auch häufiger benutzt, die bestimmte Wirkungen haben.

Es hat nicht nur das Berechtigung, was von allen alle Stunden benutzt wird, sondern auch das, was nur gelegentlich als wohltuend empfunden wird: z. B. ein bestimmter Blick aus dem Fenster, das Heraustreten auf einen Balkon, das Stehen in einer Nische u. a.

Die italienischen Altstädte haben überhaupt nichts von all den Segenstaten, welche unsere miserablen Wohnungsreformer den Arbeitern verordnen. Aber sie haben eine immense Fülle von sozialen Nischen, Winkeln, Freiräumen und Rissen im Gemäuer von historisch durchaus nicht arbeiterfreundlichen ökonomischen und politischen Systemen. In diesen "sozialen Nischen" konnten sich z. B. die Arbeiterkinder proletarisch entfalten. Im Gegensatz zu den Hochhausmieskasernen, welche die Proletarierkinder zur Destruktion erziehen, kann man hier beobachten, daß sie selbstbewußt, beweglich, gruppenorientiert, also konstruktiv werden.

So wie man eine Diskussion durch entsprechende Diskussionsformen einengen und zur Farce machen kann oder überhaupt erst zur Diskussion - so kann man durch Platzgestaltung Öffentlichkeit zur Farce machen oder stimulieren.

Größe und Ausdehnung von Häusern, Plätzen, Treppen und anderen Szenerien haben psychologische Wirkungen. Die übermenschliche Dimension von Hochhäusern ängstigt uns aus einem einfachen Grund: sie erinnert uns im Unterbewußtsein an alles, was versuchte, uns zu unterwerfen, uns zu Untertanen zu machen - sie gibt uns das Gefühl der Verlorenheit. Wenn Menschen angstfrei leben wollen, dann gehören dazu auch konkrete Bedingungen, unter anderem, daß die Größe ihrer gebauten Umwelt mit der menschlichen Größe, den 1,60 bis 1,90 Metern der Leute, noch irgendwie in Beziehung steht. Wiederum sehen wir: soziale bzw. unsoziale Tatbestände manifestieren sich sinnlich-konkret.

Fachwerkhäuser haben viele optische Reize: sie sind durch und durch Orna-

ment und haben dadurch tiefenpsychologische Wirkung. Michael Müller hat eingehend untersucht, wie Ornamente wirksam sind und welcher libidinöse Erfahrungsverlust durch die Verdrängung des Ornaments im Aussehen neuer Stadtbereiche entsteht.¹

Ornament gibt es nicht nur als visuellen Gegenstand, sondern auch in der Benutzungsmöglichkeit räumlicher Szenerie. Verschlungene Wege wirken libidinös wie Ornamente. Oder die Möglichkeit, in Kurven oder im Zickzack auf einem Platz oder in einer Gasse laufen zu können.

Übrigens: obwohl in Padua die gesamte Stadt eigentlich sehr alltäglich ist, käme kein Kunsthistoriker auf die Idee, nur einige Ensembles unter Denkmalschutz zu stellen. Hier ist es geradezu unmöglich, eine Auswahl zu treffen.

Historische Bauten regen die Phantasie deshalb stark an, weil sie nicht nur Vermutungen über die Gegenwart, sondern zusätzlich dazu über die Vergangenheit in Bewegung setzen: sie mobilisieren also doppelten Reichtum. Die Hochhausbunker lähmen die Phantasie, die historischen Häuser regen sie an. Phantasie heißt: Entfaltungsmöglichkeit der menschlichen Gehirnkraft - besonders auf der Basis des Unterbewußtseins. Fachwerke regen die technisch-konstruktive Phantasie an. Fachwerk kann im Prinzip jeder bauen; Handwerkliches wird assoziiert. Hochhäuser können dagegen nur von Spezialfirmen hergestellt werden; eine "handfeste" Identifikation mit dem "Machen" der Wohnung ist nicht möglich. Die Wohnung und mit ihr der Freiraum haben dort, wo sie noch dem selbstverfügteten Machen zugänglich sind, den Charakter und die günstigen Wirkungen des "Bauspielplatzes für Erwachsene" - das ist am besten in Arbeitersiedlungen sichtbar. Aber nicht nur dort! Jeder Villenbesitzer genießt ganz selbstverständlich die Fülle dieser Möglichkeiten.

Stadtbereichsschutz wehrt sich dagegen, daß die ästhetische Erfahrung des Benutzens und Schauens auf den privaten Raum reduziert wird - auf die Wohnung. Symbol für die Reduzierung ist die buchstäblich ins Leere gehängte Hochhauswohnung. Der Bewohner registriert hier ständig, daß es keine öffentliche Erfahrung gibt: weil er von niemandem wirkliche Erfahrungen machen kann, geht ihn auch niemand etwas an.

Der Mensch wird seinem ureigensten sozialen Wesen entfremdet und dadurch nahezu zu einem Nichts gemacht - auch in der Absicht ihm mit Hilfe seiner Verzweiflung seine Ohnmacht vor Augen zu führen; sie macht ihn beherrschbar; und: sie läßt ihn als Strohalm nach jenem Ersatzglück greifen, das ihm zu verfügbaren Preisen angeboten wird und ihn auf eine weitere Weise zum Opfer ökonomischer Ausbeutung macht.

Anstelle der geraubten Realität wird ihm die Illusion der Realität in töner-

1) Michael MÜLLER, Verlust des Ornaments. Frankfurt 1975 (im Druck).

ner Phasenhaftigkeit wieder angeboten - Heinrich KLOTZ beschreibt diesen Vorgang.

In den abrißbedrohten Altstadtbereichen fanden sich einzelne zur solidarischen Gruppe, weil ihnen gemeinsam der Entzug wichtiger Erfahrungen drohte - vor allem kollektiver Erfahrungen. Dies führt schließlich auch dazu, daß die antizipatorischen d. h. die vorwegnehmenden Hoffnungen der Kunst bei den Betroffenen nicht mehr im abstrakten Bereich mobilisiert werden, sondern sich als realisierungsnotwendige soziale Hoffnungen äußern. Damit wird der Bereich der Kunst in vielfältigen Formen wieder zum politischen Instrument des Volkes. Vor allem das Räumlich-Szenische, das Bauen, ist, wenn auch mit geringen ökonomischen Mitteln, von jeher das Medium der Volks-Kunst gewesen - die Altstädte hinter den Patrizierhäusern zeigen es - aber auch die Bauernhöfe, Arbeitersiedlungen, Schrebergärten und vieles mehr.

Die positive Übernahme des Historischen und die Neuschöpfung in historisierenden Formen im 19. Jahrhundert ist Ausdruck dafür, daß das Bürgertum sich durch Wissenschaft die Schätze der Vergangenheit erschließt und schöpferisch verwertet. Der Nationalökonom Friedrich List artikuliert dies ganz allgemein 1841: "Der jetzige Zustand der Nationen ist eine Folge der Aufhäufung aller Entdeckungen, Erfindungen, Verbesserungen, vervollkommnungen und Anstrengungen aller Generationen, die vor uns gelebt haben. Sie bilden das geistige Kapital der lebenden Menschheit und jede einzelne Nation ist nur produktiv in dem Verhältnis, in dem sie diese Ererungenschaften ... in sich aufnimmt ... und zu mehren gewußt hat."¹ Auch speziell für den Bereich der Kulturwissenschaft lassen sich Äußerungen im selben Sinne bringen.²

Wissenschaft und historisches Bewußtsein führen dazu, daß angeeignet wird, was die Menschen in ihrer Geschichte geleistet haben. Dies gilt als Emanzipationsschritt.

Die Vergangenheit ist die Aufreihung von Gegenwarten. Vergangenheit sammelt die jeweilige Gegenwart. Die Sammlung der Gegenwarten macht die unterschiedliche Gegenwart vergleichbar.

Karl Marx spricht von der Notwendigkeit, sich "den ganzen ganzen Reichtum der bisherigen Entwicklung und des vergegenständlichten menschlichen Wesens anzueignen".

1920 forderte Lenin die Russen auf: "Kommunist kann einer nur werden, wenn er sein Gedächtnis um alle die Schätze bereichert, die von der Menschheit gehoben worden sind." Die Geschichte ist eine "kritische Selbstreflexion ihrer eigenen Lebenswelt und ihrer eigenen Standortgebundenheit",

1) Werke, Band 6. Stuttgart 1935, S. 179.

2) Moriz CARRIERE, Die Kunst im Zusammenhang der Kulturentwicklung und die Idee der Menschheit. 5 Bände. Leipzig 1863/73, hier Band 5, S. 589/90, 548, 643.

sagt der liberale Historiker Kurt Kluxen. Geschichte ist immerzu gegenwärtig. Die Konflikte, die wir heute haben, sind in der Vergangenheit angelegt.

Jede menschliche Tätigkeit entwickelt sich aus vorhergehenden Erfahrungen - unbewußt oder bewußt. Es wird also immer Geschichte aktiviert d. h. benutzt. Zu fragen ist: in welcher Weise und in welchem Umfang wird sie benutzt.

Gegenwärtige und zukünftige Erscheinungen sind nur in historischer Analyse verständlich. So ist zum Beispiel ein Industriebau wie die historische Ravensberger Spinnerei in Bielefeld zwar vom Aussehen ein "Fabrikschloß", aber es ist nicht nur "Arbeiterzwingburg", sondern zugleich Dokument der Leistung vieler Menschen, die in ihm arbeitend die Industrialisierung entwickelten - sie sahen in der Fabrik nicht nur die Fron, sondern auch die Hoffnung, durch rationellere Arbeit ein besseres Leben zu haben. Hoffnung gehört zum Prinzip der industriellen Arbeit. Historie kann nicht einfach abgetan werden, weil sie konfliktgeladen ist. Sie ist die Chance, über Konflikte nachzudenken und sie aufzuarbeiten.

Der Stellenwert der historischen Baudokumente und Stadtbereiche kann sich verändern. Die Kleinstadt Monschau ist in der Frühzeit der Industrialisierung ein wichtiger Ort - heute ist sie eine Touristenstadt nahezu ohne Industrie. Der historische Sachverhalt muß nicht so überdeckt werden, wie es das Fremdenverkehrsbüro betreibt. Er ist mit Leichtigkeit auch für die Touristen offenlegbar. Ferner ist zu bedenken, daß jedes historische Ereignis so facettenreich ist, daß auch andere Sachverhalte als die zentralen immerhin noch Berechtigungen und Wirkungen haben können. Den Stadträten in Bielefeld, die die Ravensberger Spinnerei abreißen lassen wollten, widersprach ein alter Mann: "Es muß ein erhebendes Gefühl für die Urenkel dieser Arbeiter sein, die Stätte ihrer Ausbeutung besetzen zu dürfen. Feiert man ruhig!"

Was bedeutet für einen konkreten Ort oder für ein Sozialgefüge die Zeitachse? Was passierte alles und was manifestierte sich in Stein, bis der Ort oder der Stadtbereich vielfältig wurde? Der Arbeit und der Phantasie vieler Menschen bedarf es, bis er nicht nur bewohnt wird, sondern das Gefühl erzeugt, daß der einzelne in ihm in der Gesellschaft lebt - daß viele Hände an dem Stein gearbeitet haben, den er vor sich hat. Soziale Gefüge können nicht in zwei Jahren geschaffen werden. Ihre Produktionszeit unterscheidet sich prinzipiell von der Herstellungszeit von Industrieprodukten. Industrielle Produktionszeitvorstellungen standen jedoch offensichtlich hinter der Formulierung des Städtebauförderungsgesetzes, das von "zügiger Durchführung" spricht (§ 13). Die totale Veränderbarkeit d. h. die gigantische Beschleunigung des Durchgangswertes führt zur Unbrauchbarmachung der Werte. Die künstliche Zerstörung des Zeitgefühls, die sich in der Erziehung zu geschichtslosem Denken ausprägt, ist ein Trick, um den Leuten die Zerstörung durch die Veränderung besser unterschieben zu können.

Die gewachsenen Szenerien alter Städte signalisieren, daß das Leben vieler

anderer Menschen gegenwärtig ist - nicht nur das Leben der Zeitgenossen, sondern auch das Leben von Generationen. Dadurch entsteht das Wissen, nicht allein zu sein. Es entsteht die Hoffnung, nicht untergepflügt zu werden, sondern ein Teil der neuen Generationen zu sein. Der Kahlschlag der Städte bedeutet: in längstens jeder Generation werden alle Lebensverhältnisse vollständig ausgelöscht. Wer kann das wirklich ertragen? Für die Alten verstärkt dies die Furcht vor dem Tode - es stellt einen irreparablen psychischen Schock dar: Die Alten erleben die Zerstörung ihres Lebens lange vor dem physischen Tod. Karl Korn: "Das Geschichtliche ... wird von der jüngeren Generation in der Wiederentdeckung der Wohnquartiere sozusagen als eine neue Dimension der eigenen Lebensmöglichkeiten erfahren."¹ Präziser müßte es heißen: die Jüngeren entdecken in der Geschichtlichkeit des konkreten Quartiers, welche Selbstverständlichkeit ihnen geraubt worden war - das Historische, das zur eigenen Existenz gehört.

Fortschritt läuft auf der falschen Schiene, wenn er lediglich schnellere Zirkulation von Waren heißt. Er wird objektiv zum Rückschritt, zum Punkt Null - buchstäblich zur "tabula rasa", zum leergefegten Tisch. Wer angesichts der Zerstörung, die in unseren Altstädten produziert wird, von Fortschritt spricht, kann nur Zyniker oder naiv sein.

Die kapitalistische Produktionsweise selbst führt zum Verzicht auf Geschichtsbewußtsein. Wenn der Warenumsatz in der Bauwirtschaft beschleunigt werden soll, wenn schneller und mehr neue Wohnungen abgesetzt werden sollen, steht dem das Bewußtsein der Bevölkerung entgegen, in seinem Stadtquartier seine eigene Geschichte greifbar aufbewahren zu wollen.

Der Fortschritt auf der Schiene hemmungslosen Selbstlaufes der Kapitalverwertung ist längst ad absurdum geführt worden. Der reale Rückschritt unter dem Deckmantel des scheinbaren Fortschritts diskreditiert den notwendigen Fortschritt. Der notwendige Fortschritt kann nur darin bestehen, den aufgesammelten Reichtum der Vergangenheit als Fundament zur Verfügung zu haben und darauf weiterzubauen. Diese soziale Dimension der Geschichte ist zu entdecken.

Die Polen bauten nach 1945 das alte Danzig wieder auf - das deutsche Danzig, das wußten sie sehr genau; soviel war ihnen die Geschichte wert - Geschichte nicht als bildungsbürgerliches Papier, sondern als aufgesammlter Reichtum an Szenerie für menschliches Leben. Sie dachten dabei an die breite Bevölkerung, für die sich Geschichte weniger in abstrakten Medien wie Büchern manifestiert, sondern in sinnlich-konkret erlebbarer Atmosphäre. Wieviel Wert den Polen das kulturelle Erbe war, zeigt die Tatsache, daß sie einen erheblichen Teil ihres Bruttosozialproduktes in den Wiederaufbau steckten - ein Vielfaches von dem, was in "reichen" Industrieländern dafür aufgewandt wird.

1) Karl KORN, Denkmalschutz als Volksbewegung: FAZ 21. 1. 1975.

II. SCHUTZ VON DENKMÄLERN DER SOZIALGESCHICHTE

Beispiel: die Arbeitersiedlung

Eindimensionales Analysieren führt an wesentlichen Tatbeständen der Geschichte vorbei. Das Programm des Denkmalschutzjahres zeigt: das Nationalkomitee war geradezu blind gegenüber der Geschichte und Existenz der Arbeiter in der Bundesrepublik. Die Dokumente der Sozialgeschichte blieben außerhalb der Diskussion. Das hat eine lange Vorgeschichte, deren Kern Hans HOLLEIN, ein Wiener und später Düsseldorfer Architekturprofessor 1964 mit größter Selbstverständlichkeit artikuliert: "Architektur ist nicht Befriedigung der Bedürfnisse der Mittelmäßigen, ist nicht Umgebung für kleinliches Glück der Massen."¹ Hier dokumentiert sich nicht nur groteske Überheblichkeit, sondern schlichthin die Unfähigkeit zur Analyse des Lebens der breiten Bevölkerung. Hintergrund ist der soziale Konflikt, der die Industrialisierung begleitet: aus handfesten politischen Gründen wird den Einflußreichen die Aura der Besseren angehängt und den "Habenichtsen" Minderwertigkeit. Der Schriftsteller Horst KRÜGER stellt 1968 im Ruhrgebiet fest: "Es hat etwas von Kolonialismus, wie dieses Gebiet verwaltet, regiert und ausgebeutet wird." Dafür gibt es hinreichend Beispiele: Die meisten Arbeitersiedlungen von Krupp, entworfen von ausgezeichneten Architekten (Schmohl und Metzendorf) fielen der Spitzhacke zum Opfer. In Essen fallen Jahr für Jahr Häuser aus der berühmt gewordenen Krupp-Siedlung Altenhof (1884). Die Firma verfährt geradezu sadistisch mit der Vergangenheit und mit den Bewohnern: jedesmal, wenn ein Rentner in den Sarg gelegt wird, wird der Abbruchhammer bestellt und zerstört sein Haus - schon jahrelang erleben die Nachbarn des Toten, die nicht ausziehen wollen, diesen Terror. Niemand greift ein - die Krupp-Rentner sind wehrlose alte Leute; sie haben ihre Schuldigkeit getan. Ein Vorstandsmitglied von Krupp erklärte dazu 1968: "Wir müssen Traditionsballast abwerfen." Im Hintergrund stand allerdings etwas ganz anderes: die unrentablen alten Leute sollten auf dem Altar höherer Bodenrendite durch lukrative Neubauten geopfert werden. Landauf landab werden mit größter Selbstverständlichkeit die konkreten Dokumente des Lebens und der Geschichte der Arbeiter ausgelöscht. 1974 wurden in Nürnberg ohne viel Aufhebens die letzten Häuser einer der ältesten deutschen Sozialsiedlungen in einen Schutthaufen verwandelt: die "Sieben Zeilen" einer Webersiedlung aus dem 15. Jahrhundert. Ein Westberliner Architekt will den Boden profitabler nutzen.² Haben die Arbeiter keine Geschichte?

1) In: Ulrich CONRADS (Herausgeber), Programme und Manifeste zur Architektur des 20. Jahrhunderts. Berlin 1964, S. 175.

2) Berliner Extra-Dienst 8. 2. 1974.

Es wundert sich Karl Korn, Feuilletonist der Frankfurter Allgemeinen Zeitung: "Es gibt hier und da noch Ansatzpunkte (ergänze: gegen die Stadtzerstörung), und gerade im sogenannten einfachen Volk. Da wehren sich Bergarbeiter in Gelsenkirchen dagegen, daß man sie aus ihrer angeblich veralteten Bergmannssiedlung Flöz Dickebank vertreiben, daß man sie gegen viel höhere Mieten in Hochhausblocks setzen will."¹ Es war aber nicht nur dies, was sie zur Gegenwehr trieb. Ernst Honak, Bergmannsrentner in Duisburg artikuliert es: Nachdem unsere Zeche geschlossen wurde, wollte die Stadt das gesamte Stadtviertel mit 18 000 Menschen niederlegen lassen. Selbst die Straßennamen aus dem Bergbau sollten verschwinden, alles, alles, was an unsere Vergangenheit erinnert, einzig der Name Schmidhorst für den Stadtteil sollte bleiben. An die Stelle der alten Straßennamen setzten sie neue - den Duft der großen weiten Welt - 'Amsterdamer Straße', 'Berliner Straße'. Namen wie Bergmannsplatz sollten einfach ausgelöscht werden." Einer der wenigen, die den Vorgang beim Namen nannten, war der Journalist Hartwig Suhrbier, NW-Korrespondent der Frankfurter Rundschau - er sprach von "Verdrängung der Vergangenheit".² 1972 setzte die Gegenwehr ein: eine Projektgruppe der Fachhochschule Bielefeld stellte in Film, Ausstellung, Buch und Presseartikeln Geschichte und Leben in der ältesten Arbeitersiedlung des Ruhrgebietes, Eisenheim in Oberhausen, dar.³ Eisenheim ist in drei Straßenkarrees mit seinen 50 Häusern, in denen je vier Familien wohnen, geradezu ein Museum des Arbeiterwohnbaues von 1844 bis 1901. Landeskonservator Dr. Günther Borchers, der heute als einziger Landeskonservator in der Bundesrepublik über ein Konzept zur Erhaltung von Dokumenten der Sozialgeschichte und historischer Industrie-Architektur verfügt, stellte Eisenheim unter Denkmalschutz - als unersetzliches Dokument der Arbeitergeschichte und der Frühzeit des sozialen Wohnungsbaues. Die Projektgruppe machte mit ihrer Arbeit sinnfällig, daß die Siedlung ein Dokument für die sozialen Qualitäten der Arbeiter ist: sie verfügt seit jeher über eine hervorragend funktionierende Sozialstruktur, die sich in Nachbarschaftshilfe und intensiver Kommunikation äußert.

Es entstand eine heftige und umfangreiche Diskussion mit mehreren Positionen: Die Arbeitersiedlungen seien Dokumente der Knebelung der Arbeiter an ihrem Arbeitsplatz und ihrer Domestizierung. Dem entgegnete die Projektgruppe, daß dies nur eine Seite des Sachverhaltes sei - die Siedlungen spiegelten Zugeständnisse der Unternehmer, die ihnen mühsam abgerungen wurden: baulich, hygienisch und räumlich größere Wohnungen, günstigere Mieten und mehr selbstverfügbaren Raum in der Wohnumwelt; vor

1) FAZ 14. 1. 1975

2) Hartwig SUHRBIER, Blick zurück ohne Zorn. Nicht-verdrängte Vergangenheit: Vorwärts 31. Oktober 1974.

3) Projektgruppe Eisenheim der Fachhochschule Bielefeld, Eisenheim 1844-1972. 2. Auflage. Westberlin 1973.
 Bauwelt 63, 1972, Nr. 43, S. 1625/31.
 Werk und Zeit 21, 1972, Nr. 12 (Werk und Zeit-Forum).

allem aber zeigen sich die Lebenskraft der Arbeiter unter den für sie ungünstigen Bedingungen des sozialen Konfliktes, ihre Solidarität und ihre schöpferischen Fähigkeiten. Der Autor dieses Aufsatzes initiierte eine Arbeiterinitiative in der Siedlung. Er zog selbst in eines der Häuser, arbeitete zusammen mit den Bewohnern an der Erhaltung des Wohnbereiches.

Bundespräsident Dr. Gustav Heinemann würdigte die Aktion beim Architektentag in Gelsenkirchen am 22. März 1974 und bezeichnete Eisenheim als Beispiel für soziale Architektur.¹ Am 30. Mai 1974 empfing er eine Eisenheimer Delegation. Während nun die Erhaltung der einen Kilometer entfernten Siedlung Grafenbusch, die Bruno Möhring für das Top-Management der Gutehoffnungshütte 1910 als hervorragendes Beispiel der "frühen Moderne" angelegt hatte², binnen drei Monaten dem heutigen Eigentümer, der Thysen-Hütte, abgerungen werden konnte, benötigte die Rettungsaktion Eisenheim runde drei Jahre intensiver Auseinandersetzung mit demselben Eigentümer, der an die Stelle der Siedlung profitable Hochhäuser stellen wollte. Einen großen Teil der Auseinandersetzung verbrachten die Eisenheimer Berg- und Hüttenarbeiter damit, die Funktionäre ihrer Arbeiterorganisationen davon zu überzeugen, daß sie als "Arbeiteraufsteiger" ihre Vergangenheit nicht verdrängen und als Folge davon die Arbeiterwohnbereiche zerstören dürften.³ Die Arbeiterinitiative führte eine großangelegte Unterschriftenaktion durch - unterstützt von den Professoren Althoff, Boström, Gehrman, Kerbs, Kesting, Küchenhoff und den Journalisten Kemperdick und Suhrbier. Der Zukunftsforscher Prof. Robert Jungk kam nach Eisenheim und diskutierte mit den Arbeitern.⁴ Der Landeskonservator des Rheinlandes entwickelte an Eisenheim Vorstellungen über ein funktionelles Museum. Eisenheim wurde zu einem wichtigen Punkt in der Geschichte der Denkmalpflege: Baugeschichte wird als mehr sichtbar denn als eine Wissenschaft von Steinen und Mauern - Bauten sind Bestandteile von Lebensvorgängen. In Eisenheim wurde eine Forschungsstelle gegründet, die getragen wird von Wissenschaftlern und Mitgliedern von Arbeiterinitiativen des Ruhrgebietes: die "Forschungsstelle Eisenheim für Arbeiterwohnen im Ruhrgebiet". Eine umfangreiche sozialwissenschaftliche Forschung über den Ge-

1) Presse- und Informationsamt Bulletin 26. März 1974.

2) Dazu: Roland GÜNTER / Bodo HERZOG, Die Entwicklung der großbürgerlichen Wohnkultur und Bruno Möhrings avantgardistische Siedlung für leitende Manager der Gutehoffnungshütte in Oberhausen. In: J. PETSCH (Herausgeber), Architektur und Städtebau im 20. Jahrhundert, 2. Band. Westberlin 1975, S. 158/211.

3) Rolf DÜDDER, Wo die Hütte Heimat wird. Im Ruhrgebiet kämpfen Bürgerinitiativen um die Erhaltung alter Zechenkolonien: Zeit 24. 1. 1975.

4) Hartwig SUHRBIER, Wie die älteste Arbeitersiedlung im Ruhrgebiet Ruhrpott zur Zukunftswerkstatt wurde: Frankfurter Rundschau 3. 12. 1974.

brauch der Siedlungs- und Bauformen begann: die Kategorie des Ästhetischen wird sozial verstanden - sie wird als Ausdruck sozialer Sachverhalte untersucht. An die Stelle der formalästhetischen Position tritt ein neues Verständnis des Ästhetischen, das sozialorientiert ist. Gewandeltes erkenntnisleitendes Interesse aufgrund gesellschaftlicher Entwicklung führte dazu, Prioritäten neu zu überdenken. Konkret: wenn Wissenschaftler zur Emanzipation breiter Bevölkerungsschichten ihren Beitrag leisten wollen, müssen sie auch anfangen, sich für die Lebensumwelt dieser Leute zu interessieren. Die Mitarbeiter der Forschungsstelle stellen Fragen wie: Gibt es eine Arbeiterkultur? Gibt es im Bereich der Arbeiter eigene Normen, die zu spezifischer Gestaltung führen?¹ Sie fragen: Warum gehen so viele Leute im Urlaub in die Volksquartiere großer Städte - vor allem in mediterranen Ländern, aber auch in Holland. Doch offensichtlich, weil sie merken, daß die sogenannten kleinen Leute (wie es in der Herrschaftssprache heißt) durchaus fähig sind, mit ihren eigenen Normen und Möglichkeiten selbst unter widrigen Umständen wirkliches städtisches Leben herzustellen - nicht mit statuträchtigen Prestigesignalen an Fassaden, sondern durch reale und vielfältige Benutzung. Walter Benjamin wies darauf hin, daß die (einigermaßen gut erforschte) Öffentlichkeit des gehobenen Bürgertums anders aussieht als die Öffentlichkeit der Arbeiter in ihren Vorstädten. Was wissen wir über ihre spezifische Art von Öffentlichkeit? Am Städtebau des Mittelalters in der Toskana, der eine Leistung der gesamten Bevölkerung darstellt, zeigt sich, daß in dieser Volksarchitektur nicht die Bauten Priorität haben, sondern die Räume, die sie bilden - als Szenerie, die vielfältig benutzbar ist. Ähnliches fanden die Forscher in der Arbeitersiedlung Eisenheim und anschließend in weiteren Arbeitersiedlungen des Ruhrgebietes heraus. Die Zwischenräume werden wichtiger als die Bauten - hier läßt sich ablesen, wie die Bewohner Besitz von ihrer Umwelt ergriffen und sie selbstverfügt gestalteten.

Die Forscher fragten nach schichtenspezifischen Gestaltungstendenzen. Sie beobachteten, daß die Arbeiter in den Siedlungen sich nicht durch ohe Zäune oder Hecken voneinander abschränken - im Gegensatz etwa zu Managersiedlung Grafenbusch. Man kann in den Arbeitersiedlungen also nicht studieren, mit wieviel Kunstfertigkeit soziale Distanzierung, genußvoll verbrämte unterschwellige Drohgebärden und extravagantes Imponiergehabe zur Abhebung des Besitzes gegen andere Besitzer oder die Besitzlosen gehandhabt werden. Dafür kann man beobachten, wie Szenerie entsteht, die soziale Wechselbeziehungen erleichtert: Betretbarkeit, Nähe, Raum- und Platzbildungen - lauter Sachverhalte, die methodisch größere Beobachtungsschärfe verlangen als die Architekturwissenschaft herkömmlich entwickelt hat.

1) Roland GÜNTER / Michael WEISSER, Eisenheim in Oberhausen. Die Untersuchung der ältesten Arbeitersiedlung Deutschlands (1844-1901). Eine Herausforderung an Kunstwissenschaft und Baugeschichte: archithese 8/1973, S. 45/54.

In vielen Arbeitersiedlungen laufen um jedes Haus Wege. Wer aus der Wohnung kommt, tritt in den öffentlichen Raum. Sein privater Garten liegt jenseits des Weges. Dies schafft tendenziell mehr öffentliches Bewußtsein. In vielen Arbeitersiedlungen verläuft hinter dem Haus ein Wohnweg. Im Gegensatz zur Straße, wo die Bewohner eher zu "offiziellem Verhalten" veranlaßt werden (hier stehen nur wenige Haushaltsgegenstände vor der Tür), ist der Wohnweg ein Mischbereich: der öffentliche Weg ist hier benutzbar als eine Art Hof- und Gartenbereich und erhält dadurch umgänglichen und persönlichen Charakter. Er veranlaßt die Bewohner, ihn außerordentlich intensiv und vielfältig zu nutzen. Die Leute stellen hier viele Haushalts- und Gartenrequisiten ab. Sie arbeiten und sitzen häufig vor der Tür. Die Öffentlichkeit des Wohnweges hat also eine spezifische Kategorie: sie ist sozial verfügbar und nicht Pose, in der Öffentliches meist erscheint. Sie ist reale Öffentlichkeit und nicht die Scheinöffentlichkeit eines obrigkeitlich gesetzten Symbols, eines artifiziell ausgestatteten "Über-Ich". Der private Bereich der Arbeiterwohnung öffnet sich nach außen: er verlängert sich auf den Wohnweg und macht sich einsehbar - er wird kommunikativ. Das Private wird hier ein Stück Öffentlichkeit. Wenn es als Kunst gilt, den abweisenden oder gar arrogant-abschreckenden Charakter von Mauern außerordentlich deutlich zu machen (z. B. in toskanischen Stadtpalästen des 15. und 16. Jahrhunderts), hat auch die Gegenfrage Berechtigung: wo ein Wohnbereich seinen kommunikativen Charakter in vielerlei Weise und mit vielerlei Mitteln zeigt, sollte es dort nicht ebenfalls legitim sein, auch ausdrücklich von Kultur zu sprechen? Sichtbare Kultur ist Architektur als Kunst. Maxim Gorki: "Die Ethik ist die Ästhetik der Zukunft."

Sozial verstandene Denkmalpflege in der Arbeitersiedlung Eisenheim wurde zur Initialzündung bei der Aufarbeitung eines politisch-sozialen Problems: der Wohnungsfrage im Ruhrgebiet. Nach dem Vorbild von Eisenheim bildeten sich rund zwanzig Arbeiterinitiativen im Ruhrgebiet, die dasselbe Problem haben: die drohende Zerstörung ihrer historischen Siedlungen. Denkmalpflege und Wohnungspolitik verbinden sich in allen Fällen unter dem Stichwort: Stadtbereichsschutz für günstig gewachsene Sozialstrukturen. Unter Denkmalschutz stehen im Rheinland inzwischen eine Anzahl Arbeitersiedlungen: Siedlung Kunstfeld in Köln-Dünnwald (1820), Glashütte Gerresheim in Düsseldorf (1864), Siedlung Mausegatt in Mülheim-Heissen (um 1900), Kolonie II in Leverkusen-Wiesdorf (1899-1913), Siedlung Altenhof II in Essen-Stadtwald (1892-1914), Siedlung Bergmannsplatz in Duisburg-Neumühl (um 1905), Siedlung Margarethenhöhe in Essen-Hüttenscheid (1909-1926), Siedlung Johannenhof in Duisburg-Homberg (1913), Alte Kolonie in Neukirchen-Vluyn (1917-1925) und Neue Kolonie in Neukirchen-Vluyn (1926-1930), Siedlung Linker Niederrhein in Moers-Hochstraße

(1928)¹. Der Landeskonservator Westfalen stellte inzwischen auch eine Siedlung in Dortmund Hörde und die Siedlung Dahlhauser Heide ("Kappeskolonie") in Bochum-Hordel (1907-1915 von Schmohl) unter Denkmalschutz.² In Baden-Württemberg wurde 1973 die Arbeiterwohokolonie Gmindersdorf in Reutlingen unter Schutz gestellt - eine nach Plänen von Theodor Fischer seit 1903 gebaute Siedlung.³ Um die Siedlung Bergmannsplatz mit 120 Zechenhäusern in Duisburg-Neumühl, die der Landeskonservator des Rheinlandes im Januar 1975 unter Schutz stellte, hatten zwei Arbeiterinitiativen, die eine unmittelbar in der Siedlung, die andere in der Nachbarsiedlung, über ein Jahr lang erbittert gekämpft. Wie der Bürger als Erzieher auftritt und Planung von oben bzw. von mächtigen Interessen abgeleitet wird, verriet bereits 1954 die Stadtsoziologin Elisabeth Pfeil: "Dankbar gedenken wir guter Gespräche mit Architekten und Vertretern der Wohnungsbaugesellschaften, in denen wir gegenseitig lernten und annahmen. Gemeinsam wollen wir den Weg in die Zukunft finden. Nicht maßgebend sollen also die Wünsche der Bergarbeiter sein, aber sie sollen eingehen in den Gestaltungsprozeß."⁴ Wolfgang Vormbrock, Vorstandsmitglied des Wohnungskonzerns Neue Heimat, sagte es in einer Podiumsdiskussion der Heuß-Akademie Gummersbach 1975 so: "Wir müssen den Leuten das Wohnen beibringen" (Tonband-Aufzeichnung).

Im Muttental an der Ruhr unweit von Witten blieben neben bergbaugeschichtlichen Dokumenten auch sozialgeschichtlich wichtige Bauten erhalten: Kotten, deren Bewohner jahreszeitlich wechselnd als Landarbeiter und Bergleute tätig waren, Häuser des 18. Jahrhunderts, in denen spezialisierte zugewanderte sächsische Bergleute wohnten, und Wohnhäuser früher Bergbauunternehmer.⁵ Trotz einiger Anfangserfolge zählt die Sozialgeschichte bislang zu den am meisten vernachlässigten Feldern der Architekturwissenschaft und der Denkmalpflege.

1) Technische Denkmäler, Arbeitersiedlungen 1. Arbeitshefte des Landeskonservators Rheinland. Bonn 1971.

Juliane KIRSCHBAUM / Wilfried HANSMANN, Technische Denkmäler. Arbeitersiedlungen 2. Arbeitshefte des Landeskonservators Rheinland. Bonn 1972.

Franziska BOLLEREY / Kristiana HARTMANN, Arbeitersiedlungsbau. Ein neuer Aufgabenbereich der Denkmalpflege. In: Denkmalpflege in der Bundesrepublik Deutschland. München 1974, S. 64/67.

2) Stadt Bochum, Bergarbeitersiedlung Dahlhauser Heide. Ein Beitrag zur Denkmalpflege. Bochum 1974.

3) Gabriele HOWALDT, Die Arbeiterkolonie Gmindersdorf in Reutlingen: Denkmalpflege in Baden-Württemberg 2, 1973, Juli-September, S. 26/33.

4) Elisabeth PFEIL, Die Wohnwünsche der Bergarbeiter. Tübingen 1954, S. 10.

5) Werner KROKER, Bergbaugeschichtliche Stätten im Muttental bei Witten: Der Anschnitt 26, 1974, Nr. 5/6, S. 30/37.

Arbeitersiedlungen im Ruhrgebiet, in denen sich bei den qualifiziertesten Industriearbeitern halbagrarisches Lebensformen bewahrt haben, erscheinen auf den ersten Blick als historische Fossile. Die genaue Analyse ergibt, daß sie den Lebensformen der Arbeiter entsprechen: sie bieten einen komplementären Ausgleich zur Arbeit in der Maschinenhalle zwischen Eisen, Glas und Stein bzw. zur Arbeit im Felsen unter Tage; die Möglichkeit, ihre Körpermotorik auch nach der Arbeit weiterlaufen zu lassen - nach eigenen Zeitvorstellungen; dies ist außerdem wichtig für die Rentner - aber auch für Kinder, die ihre Körpermotorik erst entwickeln müssen; die Siedlungen bieten Eigenverfügung über Teilbereiche wie Garten, Hof, Keller, Umbau der Wohnung u. a.; hinzu kommt ein umfangreiches Maß an Möglichkeiten, Kontakte aufzunehmen. Historische Sozialformen, die in den Siedlungen nach den vordergründigen Vorstellungen vieler Außenstehender lediglich den Charakter von Fossilien hätten, erweisen sich als dauerhaft - sie überwinteren in dunklen Zeiten und können nun unter anderem zu Leitsymbolen für eine zukünftige Gestaltung der Gesellschaft werden. Dieser Vorstellung stimmte der Zukunftsforscher Robert Jungk ausdrücklich zu. Sie habe den Vorteil, daß man sie am konkreten Leben kontrollieren kann, daß solche sozialen Leitbilder menschlichen Zusammenlebens keine illusionären Utopien sind, sondern konkretisiert werden können, weil sie ansatzweise bereits ihre Realisierung vorweisen können. Allerdings gerät gerade infolge dieses Leitbildcharakters der Schutz der Arbeitersiedlungen in den Bereich des sozialen Konfliktes. Ein Vorstandsmitglied eines Wohnungsunternehmens sprach 1974 von "Arbeiterspinnenestern". Kein Wunder, daß zerstört wird. Der Abriß von Arbeitersiedlungen hat seinen Grund nicht nur in der Kapitalverwertung, sondern auch im "Klassenkampf von oben". Er ist systematische Zerstörung der Atmosphäre, des Milieus, der spezifischen Sozialstrukturen der "Unterschicht" der Arbeiter - stellenweise ähnlich den Zerstörungen, die Kolonialisten in eroberten Ländern praktizierten.

III. SCHUTZ HISTORISCHER INDUSTRIEANLAGEN

Einäugig ist das Denkmaljahr auch gegenüber den historischen Bauten der Industriegeschichte - Fabriken und Bauten der industriellen Infrastruktur. Auch dies hat eine lange Vorgeschichte. Müller-Wulkow mußte 1925 eine Veröffentlichung über Bauten der Arbeit und des Verkehrs rechtfertigen, weil beide dem "Materialismus" zugeordnet wurden, die Kunst aber den "Geistig-Immateriellen".¹

Das Mutterland der Beschäftigung mit historischer Industrie-Architektur ist England - das Entstehungsland der frühen Industrie. Dort ist die "Industrie-Archäologie" in den sechziger Jahren geradezu populär geworden. Anders als auf dem Kontinent wurde die Industrialisierung von allen Schichten getragen. Ein Konflikt brachte die Industrie-Archäologie ins Bewußtsein der englischen Öffentlichkeit: der vergebliche Kampf um die Erhaltung der dorischen Eingangsfront des Euston Bahnhofs der London-Birmingham Eisenbahn in London (1835-1839 von Philip Hardwick). In weiteren Auseinandersetzungen gab es wichtige Erfolge: die Erhaltung der Hängebrücke von Thomas Telford in Conway und die Wiederherstellung umfangreicher Teile des Kanalnetzes aus dem 18. und 19. Jahrhundert. Der Begriff Industrie-Archäologie drückt allerdings auch in England bildungsbürgerliche Distanz zur Vergangenheit aus. Er sollte besser nicht übernommen werden - treffender ist das Stichwort "historische Industrie-Architektur". Schon früh entstanden in England technikgeschichtliche Vereine, so 1919 in Birmingham die "Newcomen Society for the Study of the History of Engineering and Technology".

Seit 1951 nimmt der in der Nazizeit aus Deutschland emigrierte Kunstwissenschaftler Prof. Dr. Nikolaus Pevsner in sein Inventarwerk über England, das dem deutschen "Dehio" entspricht, im Gegensatz zu jenem, in selbstverständlicher und umfangreicher Weise historische Industrie-Architektur und Arbeitersiedlungen auf.²

Seit 1959 besitzt das Council for British Archeology (CBA; gegründet 1945) ein Research Committee für die historische Industrie-Architektur: es koordiniert die Vereine für Industrie-Architektur im Lande, empfiehlt den Behörden die Erhaltung bestimmter Denkmäler und arbeitet mit dem Umwelt-Ministerium zusammen. Es empfiehlt sogar Gebäude, die noch be-

-
- 1) Walter MÜLLER-WULCKOW, Bauten der Arbeit und des Verkehrs aus deutscher Gegenwart. Königstein 1925, S. 3.
 - 2) Nikolaus PEVSNER, The Buildings of England. Harmondsworth 1951 ff. (nach Grafschaften).

nutzt werden, zur späteren Erhaltung. Seit 1964 gibt es das Journal of Industrial Archeology (heute: Industrial Archaeology, herausgegeben von Kenneth Hudson). 1965 organisierte das Zentrum für das Studium der Technikgeschichte an der Technischen Universität Bath eine großangelegte Inventarisierungsaktion in England. Bis Mitte 1970 ermittelte es 7000 Objekte.

In England gibt es eine umfangreiche Literatur zur historischen Industrie-Architektur.¹

Im mittellenglischen Coalbrookdale-Ironbridge-Revier westlich von Birmingham entstand das größte technische Freilichtmuseum der Welt - eine bewundernswürdige Leistung vieler einzelner und Vereine, denn sie erhielten keinerlei staatliche Unterstützung. Geleitet wird es von Neil Cossons. Auf einem Areal von vielen Kilometern Länge wurden die vorhandenen Bauten und Reste der frühen Industrie und ihrer Infrastrukturen erhalten und ausgestellt² u. a. der Hochofen, an dem Abraham Darby 1709 zum erstenmal die Eisenschmelze mit Koks gelang. Darbys Wohnhaus, eine Arbeitersiedlung, die berühmte gußeiserne Ironbridge (1776), Bergwerksanlagen, Kanäle, Brücken, Hafenanlagen am Severn u. a. Der Ironbridge Gorge Museum-Trust betreibt eine umfangreiche Buch- und Broschürenproduktion, die sie in eigenen Buchläden in der Museumsregion absetzt. Sie sind erstaunlich billig, obwohl daran zugunsten der Museumsarbeit verdient wird. Sie erfüllen wissenschaftliche Ansprüche und sind zugleich in der Sprachdimension der Laien geschrieben. Zwar dominiert die naive Unternehmergeschichte, aber man kann auch kritische Publikationen kaufen, u. a. zur

1) Als wichtigste Werke seien genannt:

Kenneth HUDSON, Industrial Archaeology. 1963.

E. R. R. GREEN, The Industrial Archaeology of County Down. Belfast 1963 (die erste Übersicht über eine Region).

Kenneth HUDSON, Industrial Archaeology of South Southern England. Newton Abbot 1965.

David SMITH, Industrial Archaeology of the East Midlands. Newton Abbot 1965.

J. P. M. PANNELL, Techniques of Industrial Archaeology. Newton Abbot 1966.

R. A. BUCHANAN, Industrial Archaeology in Britain. Harmondsworth 1972.

Gute Einführung: S. D. CHAPMAN / J. D. CHAMBERS / T. R. SHARPE, The Beginnings of Industrial Britain. London 1970.

In England gibt es bereits umfangreiche Forschungen zum Eisenbahnenwesen.

2) Eine hervorragende Darstellung gibt:

Barrië TRINDER, The Industrial Revolution in Shropshire. Portsmouth 1973. Kurze Übersichten geben:

Ironbridge Gorge Museum Trust, Blists Hill Open Museum. Guide, 1973.

Ironbridge Gorge Museum Trust, Coalbrookdale. Guide, 1973.

Gewerkschaftsgeschichte, ja sogar Unterrichtsmaterial für die Schule über die Kinderarbeiten in Fabriken.

Der National Waterways Restauration Fund sammelt für die Wiederherstellung des ausgedehnten frühindustriellen Kanalnetzes Spenden und betreibt mit freiwilligen Helfern seine Schiffbarmachung für das Freizeitvergnügen.

Der Southern Stratford-on-Avon-Canal wurde 1964 wieder geöffnet. Die Kosten: 50 000 Pfund. Das Zuschütten des Kanals hätte 119 000 Pfund gekostet.

Die Beschäftigung mit der historischen Industrie-Architektur umfaßt Anteile mehrerer Disziplinen: allgemeine Geschichte, Wirtschaftsgeschichte, Sozialgeschichte, Technikgeschichte, Architekturgeschichte und Sozialwissenschaften.

Die Disziplin erreichte den Kontinent mit Verzögerung. Zwar gibt es bereits seit Anfang des 20. Jahrhunderts eine entwickelte Technikgeschichte (Oscar von Miller, Conrad Matschoß) - aber so gut wie nichts darüber hinaus, was den Bereich von konkreten Bauten anbelangt. Einige Ausstellungen - 1958 in Dortmund, 1965 in Ludwigshafen und 1969 in Duisburg - beschäftigen sich mit Industriebauten nur insoweit, wie sie sich im Kunstbereich der Malerei spiegeln.¹

Der Autor dieses Aufsatzes bemühte sich seit 1967 im Landesdenkmalamt des Rheinlandes um die Inventarisierung und Erhaltung historischer Industrie-Architektur und sozialgeschichtlicher Bauten (Arbeitersiedlungen u. a.).

-
- 1) Dortmund 1958: "Das Bild der deutschen Industrie 1800-1850",
Ludwigshafen 1965: "Industrie und Technik in der Kunst".
Duisburg 1969: "Industrie und Technik in der deutschen Malerei".
Katalog, bearbeitet von Siegfried SALZMANN.
Siehe auch: F. D. KLINGENDER, Art and Industrial Revolution.
1968. Deutsch: 1974.
 - 2) Inventarisierung von Industriestädten mit umfangreichen Untersuchungen der historischen Industrie-Architektur und des Arbeiterwohnungsbaues:
Roland GÜNTER, Oberhausen. Die Denkmäler des Rheinlandes. Düsseldorf 1975. Manuskriptabschluß 1968.
Roland GÜNTER, Mülheim an der Ruhr. = Die Denkmäler des Rheinlandes. Düsseldorf 1975. Manuskriptabschluß 1969.
Roland GÜNTER, Zu einer Geschichte der technischen Architektur im Rheinland = Die Kunstdenkmäler des Rheinlandes, Beiheft 16. Düsseldorf 1970, S. 343/72.
Roland GÜNTER, Der Fabrikbau in zwei Jahrhunderten.
Zur Baugeschichte des Rhein-Ruhr-Gebietes: archithese 1, 1971, Nr. 3/4, S. 34/51 (dort weitere Literatur).

Er stellte 1969 ein erstes vorläufiges Verzeichnis der historischen Industrie-Architektur für den Referenten im Kultusministerium Prof. Rudolf Wesenberg, den langjährigen verdienstvollen Landeskonservator des Rheinlandes, zusammen. Die vom Autor im Landesdenkmalamt Rheinland initiierte Bildung einer Arbeitsgemeinschaft mehrerer Institutionen scheiterte an Arbeitsunfähigkeit, Desinteresse und Konkurrenzverhalten der Wissenschaftler. Allerdings hatte die Anregung, das Landesdenkmalamt einen Fragebogen an alle Stadt- und Kreisverwaltungen des Rheinlandes senden zu lassen, hervorragendes Echo und ein umfangreiches Ergebnis.

Industrie und Stadtverwaltungen machten das Ruhrgebiet, die industrielle Kernlandschaft Deutschlands, lange Zeit zu einer Kahlschlaglandschaft. Der Landeskonservator des Rheinlandes versuchte jahrelang den Abbruch eines klassizistischen Baues der Zinkhütte in Mülheim (Mitte 19. Jh.) zu verhindern - vergebens. 1970 riß die HOAG (jetzt Thyssen-Niederrhein) ein historisches Fabrikgebäude an der Essener Straße in Oberhausen ein, ebenso das Ehrenmal (1930) von Fritz Behn, einem bedeutenden expressionistischen Bildhauer, das in einem Park neben dem Werksgasthaus niemanden störte. Im selben Jahr faßte das Stadtparlament Duisburgs den Beschluß, den "Ruhrorter Hebeturm schnellstmöglich abzureißen". Der markante Turm (1854) am Rheinufer hob Eisenbahnwägen auf die Schiffsfähre. Die am anderen Ufer liegende Stadt Homberg erhielt ihren Hebeturm - sie ließ ihn nach 1945 als Jugendherberge einrichten. 1973 wurden die Wagnerschen Werkstätten in Berlin abgerissen - eine berühmte wilhelminische Mosaikfabrik.¹

Ein Beispiel für eine Nacht- und Nebelaktion: In Wermelskirchen unweit von Köln entstand die erste Ultramarinfabrik der späteren Bayer-Werke - in einem klassizistischen Gebäude des frühen 19. Jahrhunderts (Telegrafstraße 47). Am 10. August 1970 ersuchte die Stadtverwaltung den Landeskonservator Rheinland um Zustimmung zum Abriß. Am 17. September 1970 wies der Landeskonservator in einer Pressekonferenz auf die Bedeutung des Baudenkmals hin. Wenige Stunden nach Erscheinen der Morgenzeitung ließ die Stadtverwaltung den Abbruchunternehmer anrücken und das Baudenkmal zerstören. Anschließend ging sie in die Offensive: sie hing dem Landeskonservator ein Dienstverfahren an. Es hatte zwar kein Ergebnis - aber auch die Stadtverwaltung Wermelskirchen blieb unbehelligt, weil "keine Krähe der anderen ein Auge aushackt".

Ein Beispiel für Kurzsichtigkeit und Engstirnigkeit: Der Staatsvertrag zwischen der Bundesregierung und der Aktionsgemeinschaft Deutscher Steinkohlenreviere GmbH legte fest, daß die Zecheneigentümer nur dann eine Stilllegungsprämie erhalten, wenn ihre Zechengrundstücke zu weiterer Industrieansiedlung genutzt würden. Die stillgelegten Zechengebäude der

1) Bernhard STRECKER, Die verlorene Rettung der Wagnerschen Werkstätten zu Berlin: Bauwelt 30/1973, S. 1296.

Zeche Germania in Dortmund-Marten, 1953 von einem hervorragenden Architekten des "Neuen Bauens", Fritz Schupp, entworfen, fiel diesem unsinnig gefaßten Vertrag zum Opfer. Die Freireligiöse Landesgemeinde NW wollte zwar Teile der Gebäude erwerben und zu einem Freizeitzentrum umbauen, aber der Beigeordnete der Stadt Dortmund, Werner Dannerbohm, teilte dem Direktor der Werkkunstschule Hans P. Koellmann, der sich um die Erhaltung bemühte, mit: "... möchte ich noch darauf hinweisen, daß ein Gespräch mit den ernsthaft interessierten Bewerbern von Gewerbestücken auf der ehemaligen Zentralschachanlage m. E. wenig aussichtsreich sein dürfte, weil deren Unternehmenspolitik verständlicherweise mit Ihren Vorstellungen kollidiert. Ich bin der festen Überzeugung, daß Sie ... mit mir die Entscheidung des Herrn Oberstadtdirektors nicht nur tolerieren, sondern wegen der besonderen Problematik des Projektes als einzig möglich anerkennen."¹

Welche Widersprüche zutage treten, mag ein weiteres Beispiel zeigen. 1969 ließ die Gutehoffnungshütte Oberhausen die letzten erhaltenen Fabrikgebäude der ältesten Hütte im Ruhrgebiet, der St. Antony-Hütte in Oberhausen, abreißen. Die drei zweigeschossigen Häuser (um 1830) waren im späten 19. Jahrhundert zu Wohnungen umgewandelt worden und hätten mit Leichtigkeit als Wohnungen erhalten werden können. Sie standen niemandem im Wege. Heute befindet sich an ihrer Stelle eine sterile Rasenfläche. Der Journalist Hartwig Suhrbier: "Das Gelände wurde anschließend nicht einmal als Kartoffelacker benutzt." Im selben Jahr publizierte die Gutehoffnungshütte ein teures Prachtwerk über die Frühgeschichte der Hütte vom Grafen Andreas Ballestrem.²

Zu gleicher Zeit zog die Stadt Oberhausen ihre Tafeln an den Ortsschildern ein, auf denen stand: Oberhausen - Wiege der Ruhrindustrie.

Der Kahlschlag im Ruhrgebiet umfaßt besonders die Dokumente der Industrialisierung - aber nicht nur sie: 1957 riß die Stadt Mülheim an der Ruhr das Geburtshaus ihres Dichters Carl Arnold Kortum (geboren 1745) in der Kettwiger Straße ab. Die Stadt Oberhausen bringt 1972 die Erhaltungskosten von geschätzten 30 bis 80 000 DM für die beschädigte Plastik "Urbeginn" von Ewald Matarè - ein Geschenk der Henkel-Werke 1962 - nicht auf. Die Teile verschwinden in irgendeinem Depot.

Die Zerstörung der Dokumente der Arbeitswelt in der Bundesrepublik (im Gegensatz zu England) hat Gründe. Ihre historischen Wurzeln: Der Adel arbeitete nicht - "schmutzige Finger" ehrten nicht. Das aufsteigende Bürgertum versuchte im 19. Jahrhundert mit dem Feudaladel gleichzuziehen - mithilfe der Industrialisierung. Das Mittel des Aufstiegs wurde versteckt - man sprach ungern davon. Wer es sich leisten konnte, wohnte außerhalb des Ruhrgebietes - als Aktionär in Köln, Krefeld oder Düsseldorf. Noch

1) Schreiben vom 5. 9. 1972.

Hans P. KOELLMANN, Gedanken um Wahrzeichen neben der B 1: hier (Kulturamt Dortmund) 23§1971, S. 31/34.

2) Andreas BALLESTREM, Es begann im Dreiländereck. Das Stammwerk der GHH. Tübingen 1969.

heute wohnen die meisten Vorstandsmitglieder der Ruhrkonzerne in der Hügellandschaft bei Düsseldorf. Der königliche Oberbaurat Carl Weigle in Stuttgart, der 1912 das "Zechen-Versailles" der Zeche Jacoby und das Werksgasthaus der Gutehoffnungshütte in Oberhausen baute, dürfte zwar stolz auf sein umfangreiches Honorar gewesen sein, gab aber nirgendwo in Stuttgart an, daß er im Ruhrgebiet solche riesigen Projekte baute. Thomas Grochowiak beschrieb das Problem so: "Geschick haben die Landschaftskultivierer (ergänze: im Ruhrgebiet) im freudigen Einvernehmen mit den Anliegerstädten und Gemeinden durch Baumanpflanzungen (ergänze: an den Autobahnen) das wahre Gesicht dieser von Hochöfen, Fördergerüsten, Gasometern, Wasser- und Kühltürmen, Kalköfen, Aufbereitungsanlagen durchsetzten Industrieraumes getarnt, in der irrigen Absicht, Makel zu vertuschen, ähnlich so, wie man es in der Gesellschaft bei mißratenen Familienmitgliedern zu tun pflegt. ... Offenbar schämt man sich ihrer Existenz ..."¹

Das gebrochene Verhältnis zur eigenen Geschichte resultiert bei den Unternehmern auch aus dem sozialen Konflikt, den die Machtverhältnisse in der Industrialisierung verursachte. Sie haben wenn nicht ein schlechtes, so doch zumindest ein unruhiges Gewissen. Seit Hans G. Helms klugem Essay wissen wir, welche Vorteile die Anonymität der Macht hat² - praktiziert wird sie schon seit der französischen Revolution.

Nicht einmal Karthago wurde von den Römern so gründlich zerstört, wie viele Orte der Industrialisierung. Man vergegenwärtige sich, welche Erinnerung an Leistungen von vielen Menschen ausgelöscht wurden. Die polnische Münze, der Zloty, zeigt Arbeit - es ist die Hochachtung vor der Arbeit, die ihr gebührt. In diesem Lande sprechen Interessenten von der Leistungsgesellschaft - aber die Dokumente der Leistungen von Millionen Menschen werden von denselben Leuten der Bevölkerung vorenthalten. Leistungen haben ihre Geschichte und verdienen es, Geschichte zu werden. Wir sehen jedoch um uns herum unentwegt, daß Geschichte verdrängt wird. Und wenn sie nicht verdrängt wird, wird sie zumeist geklittert: denn die Leistungen der einen werden in der Regel unterschlagen - die Industriegeschichte ist nicht bloß das Werk einer Anzahl von Männern, sondern die gemeinsame Leistung von Millionen. In der Geschichte der Industrie-Bauten herrscht die undifferenzierte Hofberichterstattung noch genauso wie zu Napoleons oder Alexanders Zeiten. Wo wird die Brecht'sche Frage aufgenommen: Hatte Alexander nicht auch einen Koch? Und wen noch?

Wundern sich die Verantwortlichen über das schlechte Image des Ruhrgebietes, zu dessen Produktion sie selbst beitragen? Sie können den Kahlschlag auch nicht den Arbeitern anlasten, die angeblich zu wenig gebildet seien, um

1) Bernd und Hilla BECHER, Anonyme Skulpturen. Formvergleiche industrieller Bauten. Katalog. Städtische Kunsthalle Düsseldorf 1969. Vorwort.

2) Hans G. HELMS, Die anonyme Gesellschaft. Köln 1966.

an der Erhaltung ihrer Vergangenheit Interesse zu finden. Jan Krieniewicki, Bergarbeiterrentner in Eisenheim, sagte, was viele seiner Kollegen ähnlich denken: "Ein Denkmal ist für mich ein Andenken. Wenn ich mit meinem Enkelchen spazieren gehe, dann möchte ich ihm den Förderturm zeigen, wo ich gearbeitet habe und mein Vater. Ich hab ein Interesse daran, daß das nicht alles abgerissen wird." Gibt es eine treffendere Begründung für die Erhaltung historischer Bauten?

Ein Reflex des Desinteresses der Unternehmer ist die Einstellung einer Anzahl von Gremien. Der Verband Deutscher Ingenieure besitzt seit langem einen Ausschuß für die Erhaltung technischer Kulturdenkmäler - aber er ist ein völlig handlungsunfähiges Honoratiorengremium. Die mit Industriegeldern finanzierte Fritz Thyssen-Stiftung verschreibt sich lieber prestigeträchtiger Erforschung von Theaterbauten als nachhaltig der Geschichte der Industrie-Architektur. Es bedurfte langer Interventionen des großen alten Mannes der Kunstwissenschaft, Sir Nikolaus Pevsner, daß die von Pevsner in England geförderten Fotografen Bernd und Hilla Becher ihre Aufnahmen von "Förder- und Wassertürmen"¹ mit Hilfe der Stiftung publizieren konnten. Daß die Thyssen-Stiftung nicht an der Darstellung konfliktträchtiger Historie interessiert ist, sondern an heiler Prestigewelt zeigt zum Beispiel auch die Tatsache, daß sie sich weigerte, aus den Forschungen von Klaus Merten und Christoph Mohr über das Frankfurter Westend einen kritischen Teil der Analyse drucken zu lassen. Er mußte anderswo erscheinen.²

Die Arbeit des Lehrstuhls für Technikgeschichte an der Ruhruniversität hält sich im Bereich folgenloser akademischer Meditation auf.

Daß die Historie gerade im Bereich der Industrie auf das Museum reduziert bzw. ins Museum abgeschoben wird, zeigt das Beispiel des Zechenturmes besagter Zeche Germania (1953). Er wurde 1973 abmontiert und über den Klinkerbau des Bergbau-Museums Bochum neu errichtet³. Kosten der Aktion: rund eine Million DM - getragen von der Landesregierung. Die pressewirksame Aktion ist ein typisches Beispiel für vordergründiges Prestigedenken anstelle substantieller Konzeption.

-
- 1) Bernd und Hilla BECHER, Die Architektur der Förder- und Wassertürme.
 - 2) Christoph MOHR und Michael MÜLLER, Zur Dokumentation eines großbürgerlichen Wohnviertels: Kritische Berichte 1, 1972, Nr. 2, S. 28/52.
 - 3) A. WINKELMANN, Fördergerüst der Zeche Germania in Bochum aufgestellt: Der Anschnitt 25, 1973, Nr. 5, S. 32.

Wie grotesk die Prioritätensetzung ist, zeigt ein weiteres Beispiel: 1974 stiftete die Stiftung Volkswagenwerk dem daran interessierten Bergbau-Museum Bochum 180 000 DM für eine Grabung im Timnatah in Südisrael. Ob die Aufgaben in der eigenen Region nicht wichtiger sind? Hier hat das Bergbau-Museum außer zum Erhalt der Maschinenhalle Zollern II in Dortmund-Bövinghausen und Objekten im Muttental bei Witten so gut wie keinen Einfluß auf die Rettung historischer Industrie-Architektur genommen. Aus der Diskussion über die Erhaltung der Bergmannssiedlungen hielt es sich vollständig heraus. Auf mehrfache Anfrage nach einer gutachtlichen Stellungnahme zur Erhaltung der Arbeitersiedlung Eisenheim gab es keine Antwort. Aber ausgerechnet das Bergbau-Museum Bochum veranstaltet den II. Internationalen Kongreß zur Erhaltung historischer Industrie-Bauten 1975. Nach dem Willen der Veranstalter soll er sich auf einen kleinen Kreis beschränken; Industriearchivare bleiben ausgesperrt; die "Öffentlichkeit" soll auf Filmabende im Museum beschränkt werden. Die Geschäftsführung des Kongresses beruft sich auf die herkömmliche Kongreßpraxis. Dabei ist die historische Industrie-Architektur ein Grenzgebiet vieler Wissenschaftsdisziplinen und hätte bereits aus diesem Grunde eine Öffnung nötig.

Hinzu kommt, daß die Erhaltung der Dokumente - so lehrte jedenfalls die englische Erfahrung - großenteils von interessierten Laien getragen wird. Vor allem aber ist der Bereich der historischen Industrie-Architektur, der am Anfang seiner Erschließung steht, darauf angewiesen, Öffentlichkeit zu gewinnen. Das sattsam bekannte elitäre Kongreßverfahren sichert lediglich, daß einige wenige sich als Päpste aufspielen können; es dient der Erhaltung von Päpsten, aber nicht der Erhaltung von Baudokumenten; die Sache selbst wird von den Päpsten im Käfig ihrer sorgsam fabrizierten Isolation erstickt.

Wie lange bleibt die Erhaltung von Bauten der Industrialisierung Zufall oder Gnadenakt?

So miserabel die Bilanz aussieht - einige Erfolge sind unübersehbar. Hans P. Koellmann, Direktor der Werkkunstschule Dortmund, betrieb seit 1967 die Erhaltung der Maschinenhalle der Zeche Zollern II in Dortmund-Bövinghausen, die Bruno Möhring 1905 entwarf.¹ Die Architektur-Zeitschrift "Bauwelt" bezeichnete sie als "Entdeckung des Jahres". Der Vorsitzende des Kulturausschusses im Düsseldorfer Landtag, Hans-Joachim Bargmann, griff die Initiative auf - der Landtag bewilligt 1969 zwei Millionen DM zur Erhaltung industrieller Baudenkmäler.

1) Eberhard G. NEUMANN, Die ehemalige Zeche Zollern II/IV in Dortmund: Der Anstich 26, 1974, Nr. 5/6, S. 64/70.

Eberhard G. NEUMANN, Dortmund-Bövinghausen: Zeche Zollern 2/4. Industriedenkmale als erhaltenswerte Zeugen neuester Geschichte.

In: Denkmalpflege in der Bundesrepublik Deutschland. München 1974, S. 68/69.

Eine umfangreiche Publikation von E. G. NEUMANN erscheint in Kürze.

Wie in England der BBC-Journalist Kenneth Hudson, so spielte in der Bundesrepublik ebenfalls ein Journalist eine wichtige Rolle für die Erhaltung und industrie-geschichtlicher Dokumente. Hartwig Suhrbier M. A., Düsseldorf Korrespondent der Frankfurter Rundschau, berichtete als erster und kontinuierlich über Rettungsaktionen an Rhein und Ruhr. Suhrbier gilt darüber hinaus als brillanter Vermittler der Theorie dieses Zweiges der Denkmalpflege. Er interessierte den Vorsitzenden des Kulturausschusses des nordrhein-westfälischen Landtages, Joachim Bargmann für die historische Industriearchitektur und leitete in die Wege, daß zum erstenmal eine Förderung der öffentlichen Hand mit einem Etat von zwei Millionen DM zustande kam.

Wesentlichen Anteil hatte auch ein engagierter Beitrag von Jürgen Schneider und Reinhard Hoffmeister im ZDF-Kulturmagazin "Aspekte" über die Rettungsaktionen des Bielefelder "Fabrikschlusses". Sie filmten den Protestmarsch der interessierten Bevölkerung durch die Bielefelder Innenstadt, den Informationsstand der Bürgerinitiative und die Protestdemonstration, bei der der Pädagoge Hartmut von Hentig sprach. Der Fernsehjournalist Gustav Kemperdick drehte für die BBC und das 3. Programm des WDR zwei instruktive Filme mit dem Generaltitel "Schmieden der Gründerzeit. Denkmäler von Kapital und Arbeit" in England und in der BRD.

Ein privater Kulturkreis mit seinem Vorsitzenden, dem Bauingenieur Heinrich Klinge, rettete und restaurierte 1967 den letzten bergmännischen Pferdegöpel Westeuropas in Kaufungen bei Kassel, einen Fachwerkbau von 1823.¹ In Bochum wurden zwei steinerne Zechentürme ("Malakowtürme") erhalten. Im Brühler Vorort Kierberg blieb der Bahnhof stehen, der 1874 für Kaiser Wilhelm I. als Empfangsstation gebaut wurde - im Stil einergroßzügig mit Terrassen ausgestatteten pompejanischen Villa.² Geradezu abenteuerlich mutet die Geschichte der Erhaltung der Sayner Gießhalle an: Das 1824

-
- 1) Gerhard SEIB, Der letzte bergmännische Pferdegöpel Westeuropas Rettung eines technischen Kulturdenkmals in Hessen: Der Anschnitt 26, 1974, Nr. 5/6, S. 26/29.
 - 2) Josef KOPP (Pseudonym für Roland GÜNTNER), Der Kaiserbahnhof als Vorortzentrum: Frankfurter Rundschau 30. 5. 1970.

nach Plänen von Ludwig Karl Althans angelegte gußeiserne Gebäude¹ in Form einer Kirche gelangte über Krupp 1927 in den Besitz der Stadt Bendorf. Auf Initiative des Vereins Deutscher Ingenieure wurde es bereits 1929 (!) unter Denkmalschutz gestellt. 1973 beschloß der Bendorfer Stadtrat den Abbruch des Gebäudes. Ohne Genehmigung des Landeskonservators wollte der Baudezernent es in einer Nacht- und Nebel-Aktion abreißen lassen. Er hatte Pech: der Koblenzer Abbruchunternehmer erwies sich als kunstsinniger Mann - er verständigte einen verwandten Architekturprofessor der Fachhochschule in Dortmund und dieser wiederum Journalisten, die dem Baudezernenten mit einem Interview auf den Leib rückten. Resultat: die Aktion platzte. Eine Bürgerinitiative entstand - sie betreibt die Erhaltung des unersetzlichen Dokumentes. Übrigens: der Verein Deutscher Ingenieure hat die Tat seiner Großväter von 1929 längst vergessen.

Der Autor dieses Aufsatzes initiierte 1972 die erfolgreiche Erhaltung des Fabrikschlosses der "Ravensberger Spinnerei" (1855) in Bielefeld.²

Im heutigen Naherholungsgebiet Muttental an der Ruhr unweit von Witten blieben umfangreiche Spuren der Entwicklung des Bergbaues erhalten: vom frühen Kohlegraben über den Stollenbau bis hin zu frühen Versuchen, Bedingungen für den Großbetrieb zu schaffen: ein Steinbruch, in dem Kohleflöze zutage treten, Mundlöcher von Erbstollen, die Trasse einer Pferdebahn, ein Bethaus über einem Schacht (wohl 1823), eine Kleinzeche, ein

1) Christian KANTZIA, Sayner Gießhalle: Bauwelt 60, 1969, Nr. 47, S. 1677/81.

E. WERNER, Die Gießhalle der Sayner Hütte: Zentralblatt für Industriebau 19, 1973, Nr. 6, S. 254/60.

"Dom der Arbeit" vom Untergang bedroht - Soll die Erhaltung der Sayner Hütte am Geldmangel scheitern?:

IHK-Information (Industrie- und Handelskammer Koblenz) 29, 1973, Nr. 11, S. 324.

J. RÖDER, Bilder und Pläne zur Geschichte der Sayner Hütte und der Sayner Gießhalle. 1. Teil = Jahrbuch der Stadt Bendorf am Rhein. Bendorf 1974, S. 60/68.

Michael WEISSER, Situation der bundesdeutschen Denkmalpflege am Beispiel der Sayner Gießhalle: Der Architekt 23/1974, Nr. 8, S. 203/06.

Gerhard SEIB, Die Gießhalle der Sayner Hütte: Der Anschnitt 26, 1974, Nr. 5/6.

2) Roland GÜNTER / Klaus WEBER, Fabrikschloß als Kommunikationszentrum: Bauwelt 63, 1972, Nr. 36, S. 1400/01.

Hartwig SUHRBIER, Bleibt Bielefelds "Fabrikschloß"?:

Frankfurter Rundschau 16. 9. 1972.

Maschinenhaus u. a.¹ Die Stätten sind als Lehrpfade mit Schildern versehen. Leider erklären die spärlich beschrifteten Hinweisschilder nur wenig und sind oft nur für die "Eingeweihten" verständlich. Der Ansatz zu einer Didaktik ist zwar erfreulich, aber noch nicht so konsequent durchgeführt, daß er funktioniert.

1975 stellte die rheinland-pfälzische Landesregierung die größte und älteste deutsche Saline in Bad Dürkheim als "großartiges Denkmal der Bädergeschichte" unter Schutz.

In der historischen Kernlandschaft der Industrialisierung, in Ironbridge westlich von Birmingham, fand 1973 der erste Kongreß für die Erhaltung industrieller Bauten statt - vorzüglich organisiert von Neil Cossons und Barrie Trinder. Exkursionen zeigten die wichtigsten historischen Orte: Fabriken, Fabrikantenhäuser, Arbeitersiedlungen, Anlagen der Infrastruktur. Die wichtigsten Beiträge: Eberhard Wächtler (Freiberg/Dresden) zu Zielen der Erhaltung, Gunnar Sillen (Stockholm) zu sozialen Aspekten, Marie Nisser (Stockholm) zu komplexer Dokumentation und George Watkins (Bath) zu Dampfmaschinen. Der Kongreß brachte erstmals einen internationalen Gedankenaustausch zustande.²

Einen brillanten Erfahrungsbericht schrieb Michael Müller.³ Er gehört zum Besten, was es an Methodenentwicklung in der historischen Industrie-Architektur gibt. Müller fordert, daß die Vereinzelung der Objekte durch ihre Präsentation sowie ihre wissenschaftliche Bearbeitung nicht verstärkt werden dürfe, sondern abgebaut werden müsse. Die Bauten dürfen keine "Sammlerstücke" sein, keine Beispiele "autonomer Kunst". Wenn sich die Objekte der Industrie-Architektur von herkömmlicher Ästhetik unterscheiden, dann müssen sie auch anders untersucht werden. Das aktive Geschehen der Fabrik muß mitrekonstruiert werden. "Erst die Darstellung des Produktionszusammenhanges und der Funktionen, die die einzelnen Objekte ... erfüllten, wird ein annähernd der geschichtlichen Wirklichkeit entsprechen-

1) Werner KROKER, Bergbaugeschichtliche Stätten im Muttental bei Witten: Der Anschnitt 26, 1974, Nr. 5/6, S. 30/37.

Gustav Adolf WÜSTENFELD, Frühe Stätten des Ruhrbergbaus. (Wüstenfeld) Wetter 1975.

Erheblichen Anteil an der Erhaltung des Bethauses im Muttental hat der Bergmannsrentner Klotzbach.

Die Erhaltungsgeschichte zeigt jedoch wie mehrere Beteiligte u. a. das Bergbau-Museum Bochum miteinander um das Verdienst konkurrieren und sich peinlicherweise geradezu im Verschweigen der Mitbeteiligten überbieten, statt zusammenzuarbeiten.

2) Die Publikation der Kongreß-Referate befindet sich in Druck. Herausgeber: Ironbridge Gorge Museum Trust.

3) Michael MÜLLER, Bericht über eine Tagung zur Industriearchitektur: Kritische Berichte 1. 1973, Nr. 2, S. 7/11.

des Bild konstruieren helfen. ¹ Die "idealisierende Wirkung" muß ablesbar sein. ² Die Industriegeschichte darf also nicht nur die Objekte vorweisen, sondern sie muß auch die Prozesse einsichtig machen, die sich an und um die Objekte herum abspielten. In Halle zeigt eine alte Saline, die als Museum angelegt ist, nicht nur die Maschinen, sondern auch die Produktion. Ebenso ist die Erhaltung des Frohnauer Hammers in Annaberg angelegt. Zumindest muß die Arbeit durch Beschreibungen, Zeichnungen und Fotografien oder analoge Beispiele sichtbar werden.

Weitreichende Konzeption der Erhaltung von industrieller Architektur wurden bislang erst in Polen (Institut für Geschichte der materiellen Kultur; Jan Pazdur), der DDR (Eberhard Wächtler, Otfried Wagenbreth) und in Schweden (Marie Nisser) entwickelt.

Weitreichend arbeitet das Schwedische Denkmalamt (Riksantikvarieämbetet och Statens Historiska Museum Stockholm). ³ Ganze historische Hüttenwerke und ihre dorfartige industrielle Infrastruktur werden ausgezeichnet dokumentiert und erhalten. Einige Industriekonzerne haben einen umfangreichen jährlichen Denkmalpflegeetat. Die Kupferberg AG Falun unterhält 80 historische Baukomplexe.

In Polen beginnt die Diskussion über den Schutz industrie-geschichtlicher Dokumente schon 1939. ⁴ 1948 wird das Bergbaumuseum in Sosnowiec gegründet, 1949 das Museum des Salzbergwerks in Wieliczka. 1953 wird in der polnischen Akademie der Wissenschaften das Institut der Geschichte der materiellen Kultur eingerichtet. Sein Leiter ist heute der um diesen Bereich außerordentlich verdiente Prof. Jan Pazdur. Das Institut erarbeitete und publizierte 1955 Grundsätze der Registrierung und der Dokumentation der Geschichte der materiellen Kultur. Die Inventarisierung erfolgt bezirksweise. Von 300 Bezirken sind bisher allerdings erst 20 vollständig

1) MÜLLER, S. 11.

2) MÜLLER, S. 9.

3) Ivar BOHM, Den Svenska Masugnen under 1800 - Talet.

Jernkontorets Berghistoriska Utskott. Hyttrapport 1. Stockholm 1972 (Eisenwerke und Hütten).

F. BEDOIRE, Industriearchitektur i Stockholms innerstad.

Stockholm 1973. Ausstellungskatalog Stadtmuseum.

Marie NISSER, Henrich O. ANDERSSON, Frederic BEDOIRE, Göran LINDAHL, Gunnar SILLEN, Helene SJUNVESSON, Industriminnen.

Ett urval industriminnen och andra teknikhistoriska monument. Stockholm 1974 (Katalog der wichtigsten Fabrikanlagen in Schweden; Ausstellung in Stockholm).

4) Einen guten Überblick über die Tätigkeit in den sozialistischen Ländern gibt: Akos PAULINYI, Industrieärchologie. Neue Aspekte der Wirtschafts- und Technikgeschichte. In: Vortragsreihe der Gesellschaft für Westfälische Wirtschaftsgeschichte e. V., Dortmund 1975, Heft 19. Die Publikation gibt einen breiten Überblick über den Stand der Disziplin und der Tätigkeit in der Denkmalpflege in England und der BRD.

bearbeitet. Bis 1972 erschienen 11 Lieferungen in einer Katalogreihe. Die Arbeit geschieht interdisziplinär und planmäßig; sie erfolgt nicht auf der Basis der Wertschätzung im rein emotionalen Bereich der Liebhaberei oder der isolierten Fachdisziplin, sondern ist eingebettet in eine umfassende wissenschaftliche Theorie. Auch in der CSSR wird nach ähnlichen Gesichtspunkten die Erhaltung technischer Denkmäler betrieben.

In der DDR¹ kommt zur technikgeschichtlichen Perspektive in der Tradition Oskar von Millers (Deutsches Museum München 1905) und Conrad Matschoß (Verein Deutscher Ingenieure) die soziale Orientierung hinzu. Die Erhaltung steht unter dem Gesichtspunkt der Geschichte der Produktivkräfte und der Produktionsverhältnisse. An die Stelle eines eindimensionalen Geschichtsverständnisses tritt ein komplex dialektisches. Die Industrialisierung, so sagen die Autoren eines Denkmälerkataloges in der DDR, erzeugte auch die Männer, die die Produktivkräfte als Waffen zur Befreiung von Armut und Herrschaft handhaben lernten. Die technischen Denkmäler sind kristallisierte menschliche Schöpferkraft. In der Tat veranschaulichen sie Arbeit, die Mühe kostete und zugleich Würde schuf. Auf der einen Seite Unterdrückung, auf der anderen Seite schrittweiser Abbau von Herrschaft - das ist der Entwicklungsgang der vielen, die die Industrialisierung mit ihren Fähigkeiten und ihrer Arbeit entwickelten. Die industrielle Arbeit veranlaßt Zusammenarbeit. Zusammenarbeit als eine Notwendigkeit der Maschinenbedienung wurde zur sozialen menschlichen Tugend.

Schon 1950 inventarisierte die sächsische Denkmalpflege rund 1000 technische Kulturdenkmale. 1952 wurden sie in der ersten Denkmalschutz-Verordnung der DDR als Bestandteile des "kulturellen Erbes" anerkannt. Auch der "engere Heimatbereich" hat das Recht, seine Geschichte in sichtbarer Form zu besitzen. An der Instandsetzung bzw. Erhaltung von technischen Denkmälern arbeiten viele Laien mit - ähnlich wie in England.² Die Dokumente der materiellen Kultur - so die DDR-Autoren - sind ein Bestandteil der Erziehung der "sozialistischen Persönlichkeit".

1) Eberhard WÄCHTLER u. a., Technische Denkmale in der DDR. Berlin 1973.

2) In der DDR ist die Betriebsgeschichtsschreibung durch Laien- und professionelle Wissenschaftler vorzüglich entwickelt (Sammelband zur Betriebsgeschichtsschreibung (Adademie-Verlag) Ost-Berlin 1962).

IV. FORDERUNGEN AN EINEN ZUKÜNFTIGEN STADTBEREICHSSCHUTZ

Die Etats der Denkmalpflege in Westdeutschland reichen nicht einmal für die Orchideenpflege. Bayern stellte für 1974 zehn Millionen DM, Baden-Württemberg 18 Millionen DM an Mitteln zur Verfügung. Nordrhein-Westfalen gab 25 Millionen DM aus. Von ihnen stammten 10 Millionen aus sogenannten Städtebauförderungsmitteln - waren also meist nichts weiter als ein Trostpflaster für den Kahlschlag ganzer Stadtbereiche. Der Landschaftsverband Rheinland gab für seinen Landesteil zusätzlich 2,92 Millionen aus. Was die anderen Bundesländer jährlich an Denkmalschutzetats anbieten, dürfte unter den Summen liegen, die in den von ihnen gepflegten Kirchen sonntäglich in den Klingelbeutel wandern. Westberlin bietet 500 000 DM. "Das ist der tausendste Teil dessen, was in ein einziges Prestigeobjekt, das Kongreßzentrum, investiert wurde", sagte Prof. Julius Posener, couragierter Kritiker Berliner Stadtbaupolitik und Präsident des Werkbundes. Länder, Gemeinden und Kirchen brachten 1974 zusammen 188 Millionen DM für den Denkmalschutz auf - ein Tropfen auf den heißen Stein.

Was demgegenüber an sinnloser Rüstung oder Werbeausgaben verschleudert wird, ist bekannt. Aufschlußreich sind Vergleiche mit Ausgaben für den Straßenbau: ein Kilometer Bundesstraße kostete 1974 ein bis zwei Millionen DM, ein Kilometer Autobahn im Hügelland zehn Millionen DM, im Ballungsgebiet von Städten rund 40 Millionen DM, ein Kilometer U-Bahn in Frankfurt 120 Millionen DM. Angesichts zunehmender Betonierung der Bundesrepublik durch Straßenbau - nach dem Bundesfernstraßengesetz soll ein unsinniges Netz von Autobahnen mit maximalem Abstand von 20 km entstehen - müssen wir fragen, ob die Erhaltung volkswirtschaftlicher Werte von Häusern und Altstadtbereichen nicht aus humanitären Erwägungen dringlicher ist.

Angesichts des schmalen Etats der Denkmalpflege neigen viele Denkmalpfleger zu dem Schluß, nur das zu erhalten, was sich auch finanzieren läßt. Die Schlußfolgerung ist so falsch wie folgenreich. Denn: die Denkmalpflege ist in erster Linie eine Gutachterbehörde, die feststellt, was ein Denkmal ist und wie es zu schützen sei. Es besteht keinerlei zwingende Abhängigkeit zwischen ihren Rechten und ihren Finanzierungsmöglichkeiten. Die Erhaltung von Bauten ist juristisch die Pflicht des Eigentümers. Wenn er Glück hat, erhält er eine Beihilfe. Die Denkmalpflege darf keine Rechtspositionen aufgeben, auch wenn sie nicht dafür bezahlen kann.

Die Personalsituation der Denkmalämter ist ähnlich schlecht wie ihr Etat. Das größte Amt der Bundesrepublik, der Landeskonservator in Bonn, hat 1974 75 Beschäftigte (einschließlich Hausmeister, Fahrer, Schreibkräften,

Restauratoren u. a.). Allein die Feuerwehr einer einzigen Stadt, der Sta Bonn, hatte 248 Feuerwehrleute. Die Bonner Stadtverwaltung hat 4815 Beschäftigte (ohne Feuerwehr und Stadtwerke). Für 1974 hatte das Bundeskriminalamt 150 neue Stellen beantragt - fast ebensoviel wie die Hälfte aller Denkmalämter insgesamt an Stellen haben. Diese Zahlenvergleiche können zeigen, welchen Stellenwert der Stadtbereichsschutz im Lande der Dichter und Denker besitzt. Das Geld ist da - aber es wird offensichtlich falsch verteilt.

Das Landesdenkmalamt Baden-Württemberg kann 1973 keine weiteren Zuschüsse zahlen. Es hat einen so hohen Berg an Verbindlichkeiten, 35 Millionen, daß es vier komplette Jahresetats dafür ausgeben muß.

Es kann kein Trost sein, daß es der Denkmalpflege z. B. in den USA erheblich schlechter geht: sie ist dort nicht staatlich, sondern ein privater Verein, der von Spenden lebt - ein Privatunternehmen.

Für den Schutz historischer Industrie-Architektur und der sozialgeschichtlichen Bauten stellte das Landesdenkmalamt Westfalen 1973 einen wissenschaftlichen Referenten ein, das Landesdenkmalamt Rheinland zwei Referenten. Die anderen Länder erledigen diese Aufgaben entweder mit der linken Hand oder gar nicht.

Sind die Kosten für die Erhaltung zu hoch? Tatsache ist, daß die öffentliche Hand d. h. die Lohnsteuerzahler für die Stadtzerstörung durch Sanierung mehrfach zahlen: die unrentierlichen Kosten, die Steuerabzugsfähigkeit von Neubauten und die Subventionen für die Ersatzwohnungsbauten der von der Sanierung Vertriebenen; hinzu kommen die sozialen Folgeschäden und vor allem die Verteuerung der Lebenshaltungskosten für jeden einzelnen; subventioniert werden außerdem die hohen Kosten der Veränderung der Infrastrukturen, wenn nämlich die Wohnbereiche verlagert bzw. "umstrukturiert" werden. Stadtsanierung ist ein volkswirtschaftliches Verfahren, das ein hohes Maß an Beschäftigung bei negativer Effizienz garantiert.

Selbst wenn die Modernisierungskosten eines Hauses hoch sind, liegen sie in der Regel erheblich unter den derzeitigen Neubaukosten. Der einfache Farbanstrich eines Hauses kostet 1975 rund 3000 DM, das Putzabklopfen und Verfugen der Außenwand 6000 DM; die Totalüberholung eines Gebäudes erfordert zwischen 50 000 und 100 000 DM. Zum Vergleich: die Sozialwohnung kostete 1974 115 000 DM, eine frei finanzierte Eigentumswohnung weit mehr - beide haben weder die Lage noch die Quadratmetergröße noch die Lebensqualitäten der Altbauten. Die Zeitschrift "Das Haus" ermittelte Umbaukosten für aufwendige Arbeiten an alten Häusern zwischen 400 und 1000 DM je Quadratmeter. Die Neubaupreise im freifinanzierten Wohnungsbau lagen zur selben Zeit zwischen 1600 und 2000 DM je Quadratmeter. 1972 kauften sich zwei Künstlerinnen in Lübeck ein zweistöckiges historisches Haus und renovierten es für 70 000 DM aus eigener Tasche, 30 000 DM von der Possehl-Stiftung und 8000 DM von der örtlichen Denkmalpflege. Dafür hatten sie dreimal so viele Quadratmeter wie eine Wohnung im sozialen Wohnungsbau sowie die Lage und den Charme der Altstadt. Ist die Häuser-

erhaltung nur ein Privileg reicher Leute? In der Arbeitersiedlung Eisenheim modernisierten Arbeiter ihre Wohnungen mit einem Kostenaufwand zwischen 2000 und 10 000 DM - allerdings mit erheblicher Eigenleistung und Nachbarschaftshilfe. Die Wohnungskonzerne und Behörden sind freilich an dieser Art Modernisierung nicht interessiert - dabei wird zu wenig "umgesetzt" (in jedem Sinne des Wortes) und vor allem zu wenig verdient. Aber was nutzt eine teure Modernisierung, wenn die Arbeiter sie nicht bezahlen können? Die Arbeiterinitiativen in Duisburg-Neumühl setzten 1974 ein wegweisendes Modell durch: sie zwangen nach langer Auseinandersetzung die Stadt, den Bewohnern nach Leistungsverzeichnis und eigener Wahl jeweils nur das einzubauen, was sie finanzieren können. Jeder Hausbewohner weiß anhand einer Liste, wie sich seine Miete erhöht, wenn er ein Bad einbauen läßt. Die Preise werden von den Arbeiterinitiativen kontrolliert, die Mitsprache ist ihnen offiziell eingeräumt worden. Daß mit einem solchen Modell kein großes Geschäft zu machen ist, liegt auf der Hand. Aber Modernisierung ist keineswegs angewiesen auf Wohnungskonzerne - sie kann auch von kleinen Handwerksbetrieben vorgenommen werden. Wer nicht in einem Jahr gleich alles zusammen machen läßt, spart die hohen Zinsen für die Kreditaufnahme. Voraussetzungen für Eigenleistungen sind jedoch: sie müssen auf die Miete angerechnet werden können.

Richard Reuter errechnete 1974, daß die einfache Modernisierung nur die Hälfte von einer sehr komfortablen kostet. Investiert man zusätzlich Eigenarbeit, dann lassen sich die Kosten um weitere 25 Prozent drücken.¹ Berücksichtigt man alle Möglichkeiten der Bevölkerung, dann erweisen sich auch die außerordentlich hohen Finanzaufwendungen für die Sanierung unserer Städte, die periodisch in Presseverlautbarungen erscheinen, als unangebracht. Ihr wirklicher Grund: Zweckpessimismus - entweder um die Zuschußwilligkeit der öffentlichen Hand zu erhöhen oder um von der Modernisierung auf das lukrativere Neubaugeschäft abzulenken. Ulrich Conrads: "Anstelle einer Heilung einer Altstadt bekommt man eher eine dritte Autobahnspur."²

Die Erhaltung historischer Bauten gerät auch technologisch in Konflikt mit der Bauwirtschaft: der teure und hochkreditierte Maschinenpark soll ausgelastet werden - bei Altbaumodernisierung ist dies nicht oder kaum möglich. Die Verkomplizierung der Bautechnologie von Neubauten in der Hochkonjunktur d. h. in der Zeit der bequemen Absatzchancen treibt den Preis in die Höhe. So sehr sich die Bauwirtschaft auch mit Hilfe starker Lobby wehren mag - die Zahlungsunfähigkeit der breiten Bevölkerung setzt ihrer Ausdehnung Grenzen; hinzu kommt, daß es sich kein Land leisten kann, den größten Teil seines Häuser-Bestandes unentwegt herunterkommen zu lassen - durch mangelnde Instandhaltung. Das oben beschriebene Duisburger

-
- 1) Reinhard REUTER, Objektsanierung in historischen Stadtvierteln. Untersuchungen zur Rentabilität: Deutsche Kunst und Denkmalpflege 32, 1974, Nr. 1, S. 53/69.
 - 2) Bauwelt 30/1973, S. 1301.

Modell zeigt einen Ausweg - sofern eine große Bevölkerungsgruppe solidarisch und geschickt handelt.

Vorbeugende Stadterhaltung muß dafür sorgen, daß die Voraussetzungen zur Stadterhaltung gesichert bzw. geschaffend werden. Es darf nicht erst zum denkmalpflegerischen Notstand kommen.

Schuld an der Auswechslung der Bevölkerung sind immer die Eigentumsverhältnisse und die private Verfügungsmöglichkeit über den Boden und seine Nutzung. Das Grundgesetz fordert die Lenkung der Verfügung über das Eigentum zu sozialen Zwecken (Sozialbindung des Eigentums). Die Verwirklichung des Grundgesetzes ist eine politische Aufgabe - sie muß stückweise durchgesetzt werden. Das planerische Instrumentarium bietet eine Anzahl von Mitteln, um unsoziale Nutzungen einzuschränken und private Nutzungen zu lenken. Der Grad der Ausnutzung bestimmt den Preis des Bodens. Wo der Bodenpreis hoch ist, baut der Besitzer hoch. Wenn die Ausnutzung des Bodens eingeschränkt wird, fällt der Bodenpreis, es kann billiger gebaut werden; es wird nicht hoch gebaut. Auf politischem Wege müssen Nutzungsbeschränkungen durchgesetzt werden. Die Oberschichtenviertel werden nicht umgewidmet, aber die Viertel der Kleinbürger und Arbeiter, wenn sie sich nicht wehren.

Mit Nutzungsanreizen kann ebenfalls gelenkt werden (Förderungsmittel). Diese Mittel sind keine bequem zugänglichen und handhabbaren Hebel zur Verbesserung der Zustände - sie müssen vielmehr zäh erkämpft und intelligent genutzt werden. Nicht mit Wunschenken und Gebetshaltungen, sondern nur mit sehr konkreter und praktischer Arbeit läßt sich die politische Willensbildung erreichen, die notwendig ist, damit die bestehenden Gesetze nicht mehr zugunsten einer kleinen radikalen Minderheit von einflußreichen Interessenten, sondern zugunsten der Interessen der Mieter und Kleinrentner ausgelegt werden. Das muß damit beginnen, daß die Bevölkerung auf die wichtigen verkehrsplanerischen Entscheidungen in der Stadt Einfluß nimmt. Diese Entscheidungen bestimmen nämlich Standortgunst, Ballung, Aufwertung von Grund und Nutzung sowie die Umweltbelastung, die die Leute aus ihren Wohnungen hinausgraulen kann. Forderung: Alle nicht zwingend erforderlichen Verkehrsarten müssen aus der Innenstadt herausgehalten werden. Wenigstens die Hälfte aller Straßen kann zu Sackgassen und damit zu Fußgängerzonen gemacht werden. Berufstätige können durch drastische Einschränkung der Parkplätze auf den öffentlichen Verkehr verwiesen werden. Teile des Wirtschaftsverkehrs sind auf bestimmte Tageszeiten zu beschränken. Vorbeugende Stadtplanung muß den Charakter des Milieus anerkennen und damit aufwerten sowie schließlich durch eine Fülle von kleinen Maßnahmen (Pflasterung, Straßenbeleuchtung, Straßenbäume u. a.) verbessern. Planung muß den Wohnwert eines Viertels gezielt erhalten helfen. Wer ein Viertel durch hochfahrende Pläne beunruhigt, sollte parlamentarisch entsprechend gemäßregelt werden. Die Sicherheit und Gewißheit, daß man im Viertel auf unabsehbare Zeit leben kann, muß erzwungen werden. Dezentralisierungen entlasten das Zentrum, mildern den Investitionsdruck, halten die Bodenpreise und damit auch die Mietpreise niedriger und

verringern den Verkehr. Nach langen und leidvollen Auseinandersetzungen haben sich die Städte Bamberg und Lübeck dazu durchgerungen, die City nicht mit weiteren Funktionen zu überlasten. In Italien dürfen sich die Kaufhäuser in der Regel erst vor den Toren der Altstadt ansiedeln. Prinzip: Alle Planungen müssen verhindert werden, die direkt oder indirekt z. B. als Infrastrukturmaßnahmen Boden aufwerten! Ziel: den ökonomischen Druck auf einen Stadtbereich mildern d. h. die Hoffnung auf höhere Rendite einschränken.

Großbauvorhaben können durch konsequente Anwendung aller Bauvorschriften verhindert werden. Wenn der Großinvestor seine Rentabilität gefährdet sieht, verzichtet er meist auf die Durchsetzung seiner Absichten. Zur Rentabilität verhelfen ihm jedoch in den meisten Fällen Planungsmaßnahmen der Stadt - sie müssen daher unter Kontrolle gebracht werden. Rechtliches Instrumentarium: das Parlament darf die Zusammenlegung von Parzellen nicht begünstigen; es muß Umwidmungen bzw. höhere Ausnutzung des Bodens ablehnen; und es kann drittens Großbauten mit der Begründung ablehnen, daß die Erschließung durch Straßen nicht gesichert ist bzw. einen zu hohen und sozialschädlichen Aufwand (Straßenschneisen, Abbrüche, Verdrängung der Bevölkerung) erfordere (§ 30 bzw. 34 Bundesbaugesetz).

Die Umwidmung oder Nutzungserhöhung ist eine politische Entscheidung. Das Parlament muß dazu einen neuen Bebauungsplan verabschieden. Niemand kann sie rechtlich erzwingen. Es gibt kein Recht auf andere oder höhere Ausnutzung des Bodens. Daher gibt es auch keine Entschädigung, wenn die Umwidmung oder die Nutzungserhöhung versagt wird. Die Versagung hindert die Spekulanten - sie macht ihre Gewinnerwartungen zunichte.

Ausnahmen (Dispense, § 31 Bundesbaugesetz) für einzelne Bauvorhaben werden in der Regel nicht parlamentarisch behandelt, sondern von den Behörden entschieden. Das Parlament muß auch die Dispenspraxis kontrollieren, damit unter der Hand keine ungewünschten Veränderungen stattfinden - es kann das Kontrollrecht auf politischen Beschluß hin ausüben (Beispiel Frankfurter Westend).

Die wichtigsten Maßnahmen:

Schnellen Zugriff hat ein Parlament, wenn es eine Veränderungssperre erläßt. Sie gilt höchstens vier Jahre. Dann muß ein Bebauungsplan vorliegen. Er kann den bestehenden Zustand festschreiben, muß also nichts verändern. Allein die Veränderungssperre schreckt die Spekulanten ab.

In Gebieten, in denen durch einen bereits bestehenden Bebauungsplan eine hohe Bodenausnutzung als Höchstgrenze angegeben ist, können die Stadt bzw. die Aufsichtsbehörden ebenfalls bremsen: die Höchstgrenze ist nur die Höchstgrenze, solange ihr nicht andere Rechte entgegenstehen. Ihre Ausnutzung kann nicht erzwungen werden. Die Bevölkerung muß die Behörden zwingen, es notfalls auf Prozesse ankommen zu lassen.

Die Landesbauordnungen gelten nur insoweit für die Modernisierung als auch tatsächlich Veränderungen vorgenommen werden: sie zwingen also

nicht zum Verändern. Im übrigen muß man sie sehr genau lesen - sie ermöglichen in der Regel erheblich mehr, als viele Planer den Betroffenen sagen. Die Richtlinien für den öffentlich geförderten Wohnungsbau sind auf Neubauten zugeschnitten. Es gibt jedoch die Möglichkeit, Ausnahmeregelungen auszuhandeln. Das bestehende Recht hat mehr Möglichkeiten als schlechthin angenommen wird. Sie müssen genutzt werden - das politische Bewußtsein dafür muß hergestellt werden.

Das kommende neue Bundesbaugesetz verschärft die Zerstörungsgefahr für die Stadtbereiche, indem es den Zugriff erleichtert. Andererseits bietet es - bei entsprechendem politischen Willen - bessere Möglichkeiten zur Erhaltung: durch ein konkretes Erhaltungsgebot.

Unumgänglich ist es, die Steuerbestimmungen zu ändern: die Altbauerhaltung muß in der steuerlichen Abschreibungsfähigkeit dem Neubauen gleichgesetzt werden. Dies bedeutet zumindest die Rettung des Kleineigentums. Für die Mieter müssen Garantiebestimmungen von Eigeninvestitionen geschaffen werden, außerdem die Möglichkeit, Teileigentum zu günstigen Bedingungen ablösen zu können, wenn der Hauseigentümer nicht in der Lage ist, zu niedrigbleibender Miete Wohnungen zu modernisieren. Die Mieterrechte müssen gestärkt werden. Wirtschaftlichkeit darf nicht mehr an die hohe Verzinsung von investiertem Eigentümerkapital gebunden, sondern muß an den sozialen Verhältnissen gemessen werden.

1973 beschließt der Verwaltungsrat der Stadt Rotterdam ein Beteiligungsmodell, das eine echte Bürgerbeteiligung bei Stadtgebietserneuerungen garantiert: Planungs- und Entscheidungsprozesse werden in die Stadtteile selbst verlegt - dezentralisiert.

Wie in Schweden müssen die Arbeitslosenprogramme für die Stadterhaltung eingesetzt werden. Auf diese Weise können vor allem Finanzschwache erhebliche Erleichterungen bei der Instandhaltung ihrer Wohnungen erhalten. Der Zukunftsforscher Prof. Robert Jungk fordert "produktive, soziale Arbeitslosenprogramme".

Das Denkmalschutzjahr 1975 muß das Jahr des Stadtbereichsschutzes werden. Es darf kein Jahr etablierter Sprüchereißer sein, sondern muß konkrete Veränderungen bewirken - soziale Ziele müssen Schritt für Schritt konkret durchgesetzt werden. Der Denkmalpfleger muß zu einer Art Ombudsmann für gewachsene Sozialstrukturen werden. Stadtbereichsschutz muß eine Teilaufgabe einer Ressourcenpolitik werden. Wir müssen den Grundsatz durchsetzen: alles Gewachsene steht zunächst nicht zur Disposition. Nicht für die Erhaltung, sondern für die Veränderung sind Beweise zu erbringen. Wie in Bologna dürfen gleichermaßen bei uns nicht nur die Fassaden geschützt werden, sondern auch die Menschen und ihre Sozialstruktur. Denn beides ist nur miteinander lebensfähig: Was wäre Venedig ohne die Venezianer?